

## Einwohnerrat

Sitzung vom Donnerstag, 10. November 2011, 19.00 Uhr, Rathaus

---

Vorsitz: Beat Brunner, Präsident

Anwesend: Mitglieder des Einwohnerrates bis 21.45 Uhr 48  
Mitglieder des Einwohnerrates ab 21.45 Uhr 47  
Mitglieder des Gemeinderates:  
Urs Blickenstorfer, Gemeindeschreiber  
Thomas Sigrist, Schulpflegepräsident  
  
Daniela Betschart, Gemeindeschreiber-Stv.

Entschuldigt  
abwesend: Sandro Sozzi  
Hermann Steiner

Traktanden:

1. Inpflichtnahme von Reto Huber, CVP (anstelle des zurückgetretenen Stephan Frey)
2. Protokoll der Sitzung vom 20. Oktober 2011
- 3.1 Einbürgerung; Hernandez Salguero Ovidio José, geb. 1956, salvadorianischer Staatsangehöriger, wohnhaft in Wettingen, Attenhoferstrasse 3b
- 3.2 Einbürgerung; Machado Nunes Angela, geb. 1984, portugiesische Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Brückenstrasse 18
- 3.3 Einbürgerung; Reich Kristina, geb. 1993, deutsche Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Bahnhofstrasse 8
- 3.4 Einbürgerung; Taheri Hassan, geb. 1983, afghanischer Staatsangehöriger, wohnhaft in Wettingen, Zentralstrasse 114
4. Volksinitiative „Umfassende Blockzeiten mit Teamteaching an den Primarschulen der Gemeinde Wettingen“ und „Einführung grosser Blockzeiten an den Primarschulen der Gemeinde Wettingen“
5. Kreditbegehren von Fr. 600'000.00 zur Bereitstellung von zusätzlichem Schulraum im Rahmen des Blockzeitunterrichts
6. Motion Rüegg Ammann Marianne vom 26. September 2011 betreffend Neuorganisation der Tagesstrukturen auf das Schuljahr 2012/2013: "Durchgehende Tagesstrukturen machen Sinn"; Ablehnung
7. Änderung des Konzeptes zur familienergänzenden Kinderbetreuung an den Wettinger Schulen

8. Planung eines Gemeindebüros im Rathaus
9. Kreditabrechnung von Fr. 69'327.05 für den Studienauftrag Erweiterung Schulanlage Altenburg
10. Kreditabrechnung von Fr. 389'523.70 für Projektierung der Erweiterung und Sanierung der Schulanlage Altenburg
11. Kreditabrechnung von Fr. 11'513'943.80 für den Bau der Schulhauserweiterung Altenburg und die Sanierung der bestehenden Schulanlage
12. Kreditabrechnung von Fr. 194'361.15 für Projektierung EWW Werkhof mit Verwaltung auf den Parzellen 612 und 4185, Fohrhölzlistrasse

## **0. Mitteilungen**

### **0.a Rechtskraft**

Die Beschlüsse der Einwohnerratssitzung vom 8. September 2011, die dem fakultativen Referendum unterstanden haben, sind in Rechtskraft erwachsen.

### **0.b Rücktritt Rolf Aebi**

Der Präsident verliest das Rücktrittsschreiben von Rolf Aebi per 31. Dezember 2011 aus dem Einwohnerrat und der Geschäftsprüfungskommission. Er dankt Rolf Aebi für sein langjähriges Engagement und wünscht ihm alles Gute für die Zukunft.

### **0.c Rücktritt Werner Hartmann**

Der Präsident verliest das Rücktrittsschreiben von Werner Hartmann per 31. Dezember 2011 aus dem Einwohnerrat und der Finanzkommission. Er dankt Werner Hartmann für sein langjähriges Engagement und wünscht ihm alles Gute für die Zukunft.

### **0.d Neueingänge**

#### **Motion Marie-Louise Reinert vom 10. November 2011 betreffend 5430 statt 0815 - Behutsam Bauen in Wettingen - Ortsbild 2**

##### **Antrag:**

In Ergänzung zum Kurzinventar der Kulturgüter der Gemeinde Wettingen soll die Bausubstanz des 20. Jahrhunderts (Bauten, Baugruppen) untersucht werden in Bezug auf ihre Qualität bezüglich Ortsbild, ihre Bedeutung für die Wohnqualität, ihre geschichtliche Bedeutung und ihre architektonische Qualität. Aufgrund der Untersuchung sollen dann Schutzobjekte definiert und rechtmässig unter kommunalen Schutz gestellt werden, sei es integral, sei es die Fassade betreffend, sei es das Bauvolumen.

##### **Begründung:**

- Das Kurzinventar des Kantons von 1998 betrifft die Zeit bis anfangs des

20. Jahrhunderts, etwa bis 1905. Die späteren Bauzeugen sind in ihrem Wert nicht erfasst. Aber gerade im Laufe des 20. Jahrhunderts entwickelte sich Wettingen intensiv: moderne Bauten prägen unsere Umgebung noch weit mehr als die Zeugen bäuerlicher Kultur früherer Jahrhunderte. Eine Ausweitung des Blickfeldes und eine Erweiterung der Inventarisierung sind nötig. Kenntnis von Qualität und Bedeutung des Bestehenden ist Ausgangspunkt für respektvolle und interessante Weiterentwicklung.

- Eine Untersuchung der neueren Bausubstanz kann Hausbesitzern UND Bewohnern von Wettingen aufzeigen, was an Wert und Schönheit architektonischer Gestaltung in der Gemeinde vorhanden ist.
- Sie kann dem Standortmarketing neue Impulse und Argumente liefern.
- Sie bietet die Grundlage für einen angemessenen kommunalen Schutz der wichtigsten Bauten.
- Sie ist der Ausgangspunkt für die Weiterentwicklung der architektonischen Gestaltung der Gemeinde.
- Der Reiz städtischer oder dörflicher Räume liegt neben der Landschaft in erster Linie in der architektonischen Umgebung, im sogenannten Ortsbild.
- Im Rahmen von Standortmarketing ist eine vermehrte Aufmerksamkeit auf architektonische Gestaltung, Identität und Atmosphäre im öffentlichen Raum angezeigt.
- Mit der Klimaveränderung leben die Menschen mehr und mehr auch ausserhalb der Häuser, in einem öffentlichen Raum zwischen den Häusern, und darin unterscheiden sich die Gemeinden, solange bei der Entwicklung angemessen Rücksicht genommen wird auf Bestehendes.
- Die Stadt Baden hat eben zwei Kunsthistorikern den Auftrag erteilt, das Inventar schützenswerter Bauten zu überarbeiten und zu erweitern.

Es geht darum, Qualitäten im Siedlungsbild zu kennen und bei der weiteren Entwicklung von Wettingen respektvoll damit umzugehen. Die Gemeinde soll ihren eigenen Charakter behalten und nicht zu einem austauschbaren Wohnparkett werden: **5430 statt 0815 - behutsam bauen in Wettingen!**

Anlass für die Motion ist beispielhaft die kürzlich ausgesprochene Abbruchbewilligung für das Haus Bahnhofstrasse 1: Im Oktober 2011 wurde die Abbruchbewilligung für das Pfyfferhus (Bahnhofstrasse 1) trotz einer Einsprache des Quartiervereins Wettingen-Kloster erteilt. An einer Einigungsversammlung zwischen Bauherren, Gemeinde und dem Quartierverein Kloster als Einsprecher wurde klar, dass die Gemeinde im Moment keine rechtlichen Grundlagen hat, den Abbruch zu verhindern. Mit der Aufnahme von schützenswerten Objekten und Gebäudegruppen in die Liste der Schutzobjekte wird das möglich.

Das Pfyfferhus ist ein städtebaulich wichtiges Haus für Wettingen: Als erste eidgenössische Post markiert es den selbstbewussten Aufbruch bürgerlichen Unternehmertums und öffentlicher Infrastruktur ins 20. Jahrhundert. Mit seiner markanten Gestalt und den feinen Jugendstil-Elementen bildet es den Hauptakzent in der Gruppe von mehreren schönen Häusern unmittelbar gegenüber der Lokremise mit der Lokomotiv-Drehscheibe östlich vom Bahnhof und macht damit die Qualität des Quartiereingangs und einen Erholungswert für den umgebenden dichten Siedlungsbereich aus.

Die Motion folgt auch dem städtebaulichen Leitbild Wettingen. Zitat: "Wir fühlen uns auch heute noch wohl in den Strukturen von Wettingen, weil der Respekt der damaligen Bauten gegenüber dem öffentlichen Raum noch immer klar zur Geltung kommt, noch immer ausstrahlt." - Das meinte die Wettinger Bevölkerung, als sie an der Urne zur

Frage: Wettingen als Stadt? nein sagte. Diese Qualität im Zug der Verdichtungsentwicklung zu erhalten ist Aufgabe der Behörden.

### **Motion Marie-Louise Reinert vom 10. November 2011 betreffend 5430 statt 0815 - Behutsam Bauen in Wettingen - Ortsbild 1**

#### **Antrag:**

Die Gemeinde Wettingen soll die rechtlichen Grundlagen schaffen, damit Bauten, Gebäudegruppen und weitere Objekte, die für das Ortsbild wichtig sind, wirksam geschützt werden. Der Gemeinderat ergreift die nötigen Massnahmen aufgrund des Kurzinventars der Kulturgüter der Gemeinde Wettingen, das der Kanton 1998 für die Gemeinden erarbeitet hat. Diese Massnahmen sollen getroffen werden, bevor die bestehende gewachsene Siedlungsstruktur im Zuge der Verdichtung und Maximierung der Bauvolumen verschwunden ist:

- Durch eine entsprechende Teilrevision der Bau- und Nutzungsordnung (BNO) soll die nötige Rechtsgrundlage geschaffen werden.
- Die im Kurzinventar beschriebenen Objekte und Gebäudegruppen sollen mit Fachleuten geprüft und die Liste überarbeitet werden.
- Die schützenswerten Objekte sollen unter den Schutz gestellt werden, wie ihn die § 28, 29 und 30 BNO formulieren.
- Diese Objekte sollen aufgenommen werden in die Liste der kommunal zu schützenden Objekte im Anhang (9) zur bestehenden Bau- und Nutzungsordnung.

#### **Begründung:**

Im Jahre 1998 hat der Kanton für die aargauischen Gemeinden das Projekt „Kurzinventarisierung der Kulturgüter im Kanton Aargau“ durchgeführt und auch ein „Kurzinventar der Kulturgüter der Gemeinde Wettingen“ erarbeitet. Diese Liste von etwa 100 Objekten oder Gruppen sollte die Grundlage bilden für einen schonenden Umgang bei Bauten und Renovationen. Dieses Kurzinventar liegt im Rathaus. Es hat selber keine rechtliche Wirkung. Denn laut Dekret über den Schutz von Kulturdenkmälern (Denkmalschutzdekret) 497.110 ist der Ortsbildschutz Sache der Gemeinden. In der geltenden Bau- und Nutzungsordnung der Gemeinde Wettingen aus dem Jahre 2000 fehlt ein solcher Schutz weitgehend: Aus dem genannten Kurzinventar sind davon ganz wenige Objekte aufgeführt: Lettentrotte, Schloss Scharnenfels, Fährlilee und Grafengut. Das sind einzelne Kostbarkeiten. Für die Wohnlichkeit eines Ortes sind aber auch weniger spektakuläre Bauten und Gebäudegruppen massgebend, wenn sie für das Ortsbild, die Wohnqualität, die geschichtliche Identität, die architektonische Qualität eine grössere Rolle spielen.

Es geht darum, Qualitäten im Siedlungsbild zu kennen und bei der weiteren Entwicklung von Wettingen respektvoll damit umzugehen. Die Gemeinde soll ihren eigenen Charakter behalten und nicht zu einem austauschbaren Wohnparkett werden: **5430 statt 0815 - behutsam bauen in Wettingen!**

Anlass für die Motion ist beispielhaft die kürzlich ausgesprochene Abbruchbewilligung für das Haus Bahnhofstrasse 1: Im Oktober 2011 wurde die Abbruchbewilligung für das Pfyfferhus (Bahnhofstrasse 1) trotz einer Einsprache des Quartiervereins Wettingen-Kloster erteilt. An einer Einigungsversammlung zwischen Bauherren, Gemeinde und dem Quartierverein Kloster als Einsprecher wurde klar, dass die Gemeinde im Moment keine rechtlichen Grundlagen hat, den Abbruch zu verhindern. Mit der Aufnahme von schützenswerten Objekten und Gebäudegruppen in die Liste der Schutzobjekte wird das möglich.

Das Pfyfferhuus ist ein städtebaulich wichtiges Haus für Wettingen: Als erste eidgenössische Post markiert es den selbstbewussten Aufbruch bürgerlichen Unternehmertums und öffentlicher Infrastruktur ins 20. Jahrhundert. Mit seiner markanten Gestalt und den feinen Jugendstil-Elementen bildet es den Hauptakzent in der Gruppe von mehreren schönen Häusern unmittelbar gegenüber der Lokremise mit der Lokomotiv-Drehscheibe östlich vom Bahnhof und macht damit die Qualität des Quartiereingangs und einen Erholungswert für den umgebenden dichten Siedlungsbereich aus.

Die Motion folgt auch dem städtebaulichen Leitbild Wettingen. Zitat: "Wir fühlen uns auch heute noch wohl in den Strukturen von Wettingen, weil der Respekt der damaligen Bauten gegenüber dem öffentlichen Raum noch immer klar zur Geltung kommt, noch immer ausstrahlt." - Das meinte die Wettinger Bevölkerung, als sie an der Urne zur Frage: Wettingen als Stadt? nein sagte. Diese Qualität im Zug der Verdichtungsentwicklung zu erhalten ist Aufgabe der Behörden.

### **Interpellation Patrick Neuenschwander vom 10. November 2011 betreffend politischer Partizipation Jugendlicher**

Im Februar 2011 ist die "Bestandesaufnahme von Angebotsstrukturen der Jugendarbeit und kommunalen Jugendförderung im Kanton Aargau" von der Fachhochschule Nordwestschweiz im Auftrag des Departement Bildung, Kultur und Sport (BKS) des Kantons Aargau, Fachstelle Jugend erschienen. Für den Bereich Jugendförderung und politischer Partizipation Jugendlicher wurden Gemeindevertreter/innen eingeladen an einer Online-Befragung teilzunehmen, in Bezug auf die Jugendförderung und die politischen Beteiligungsmöglichkeiten kommen die Autorinnen zum Schluss, dass diese "noch deutlich ausgebaut werden können". Zwar geben knapp die Hälfte der befragten Gemeindevertreter/innen an, dass Jugendliche Einfluss auf politische Entscheidungen in ihrer Wohngemeinde nehmen können, jedoch bestehen nur in einem Drittel der teilnehmenden Gemeinden politische Partizipationsmöglichkeiten für Jugendliche.

Dabei profitieren Gemeinden, die Kindern und Jugendlichen ermöglichen, sich an sie betreffenden Fragen zu beteiligen, profitieren doppelt: Durch den Einbezug von Kindern und Jugendlichen als Experten, werden Angebote verbessert und gleichzeitig stärkt sich deren Demokratieorientierung, in der Gemeinde Wettingen besteht seit September 1995 ein jugendpolitisches Leitbild. Demzufolge sollen Jugendliche als Teil eines aktiven Gemeinwesens verstanden werden. Jugendpolitik ist als Querschnittsaufgabe definiert und die Partizipation als Massnahme aufgelistet.

Ich bitte daher den Gemeinderat folgende Fragen zu beantworten:

Bei welchen konkreten Projekten wurden in den letzten 16 Jahren (seit Verabschiedung des jugendpolitischen Leitbildes) Kinder und Jugendliche in Gestaltungs- und Entscheidungsprozesse einbezogen?

Sieht der Gemeinderat Verbesserungspotential bezüglich der politischen Partizipation von Jugendlichen? Falls ja, ist eine Verbesserung beabsichtigt, mit welchen Massnahmen und bis wann?

Beabsichtigt der Gemeinderat, das jugendpolitische Leitbild innerhalb der nächsten zwei Jahre zu überarbeiten?

Wie steht der Gemeinderat dem Einsitz von Jugendlichen (unter 18 Jahren!) in der Jugendkommission gegenüber?

Kann sich der Gemeinderat vorstellen, eine Jugendbeauftragte / einen Jugendbeauftragten einzusetzen?

### **Postulat der CVP Fraktion vom 10. November 2011 für eine Gleichbehandlung der Familienformen**

#### **Antrag:**

Familien, die keine von der Gemeinde subventionierte Fremdbetreuung (Krippenpool, Tagesfamilie, Tageshort) in Anspruch nehmen, erhalten ein monatliches Kinderbetreuungsgeld. Wie beim Elternbeitragsreglement für die Fremdbetreuung ist die Bezugsberechtigung abhängig vom Einkommen.

Der Gemeinderat legt dem Einwohnerrat bis spätestens März 2012 eine konkrete Vorlage zur Einführung des Kinderbetreuungsgeldes ab August 2013 vor.

#### **Begründung:**

Ab Sommer 2013 verfügt die Gemeinde Wettingen über ein umfassendes Fremdbetreuungskonzept mit Krippenpool, Tagesfamilien und Tageshort. Mittels Elternbeitragsreglement wird die finanzielle Beteiligung der Eltern geregelt und somit die Höhe der Subventionierung durch die Gemeinde festgelegt. Durch die Einführung eines Kinderbetreuungsgeldes stellt die Gemeinde eine Gleichbehandlung der Familien sicher. Die finanzielle Unterstützung der Gemeinde soll in jedem Fall einkommensabhängig sein, jedoch unabhängig davon, welche Familienform (Fremdbetreuung oder Eigenbetreuung) gewählt wird.

Wettingen kann damit ein vorbildliches Zeichen in der Schweizer Familienpolitik setzen. Überall wird betont, wie wichtig die Familien als Grundpfeiler unserer Gesellschaft sind. Wenn die Familien wirklich so wichtig sind, und davon ist die CVP Wettingen überzeugt, dann dürfen wir auch in sie investieren. Bei der Subventionierung von Fremdbetreuungsplätzen hat diese Ansicht heute eine breite Akzeptanz in der Politik. Der Trend jedoch, dass nur Fremdbetreuung von der öffentlichen Hand mit Finanzen und Infrastruktur unterstützt werden soll, und Selbstbetreuung als rückständig und sogar volkswirtschaftlich minderwertig angesehen wird, muss gestoppt werden. Die CVP Wettingen setzt sich mit diesem Postulat für die finanzielle und gesellschaftliche Gleichbehandlung der Familienformen ein. Nur so können die Familien auch in Zukunft selbständig, verantwortungsvoll und frei entscheiden, welche Familienform für sie und ihre Kinder die richtige ist. Gerade für Familien, die knapp rechnen müssen, ist die Einführung des Kinderbetreuungsgeldes zwingend, damit sie auch in Zukunft eine echte Wahlfreiheit haben.

### **Postulat der CVP Fraktion vom 10. November 2011 betreffend der Einführung von zielgerichteten Fremdbetreuungsformen für ein familienfreundliches Wettingen**

#### **Antrag:**

Die Gemeinde Wettingen fördert die Kinderbetreuung in Tagesfamilien. Er schliesst dazu mit dem Verein „Die Tagesfamilie“ eine Leistungsvereinbarung ab und regelt die Kostenbeteiligung der Eltern mit dem Elternbeitragsreglement, das heute schon für den Krippenpool zur Anwendung kommt.

Bis Sommer 2013 eröffnet Wettingen einen Tageshort. Dieser orientiert sich am Konzept und Angebot des Tageshortes Baden. Für die Kostenbeteiligung der Eltern soll auch das Elternbeitragsreglement zur Anwendung kommen.

Der Mittagstisch soll an den Wettinger Schulstandorten von Montag – Freitag während der Schulzeit angeboten werden.

Nach Abschluss einer Leistungsvereinbarung mit dem Verein „Die Tagesfamilie“ und nach Eröffnung des Tageshortes Wettingen wird auf weitere dezentrale Betreuung an den Wettinger Schulen verzichtet.

### **Begründung:**

Mit Krippenpool, Tagesfamilien, Tageshort und Mittagstisch bietet die Gemeinde Wettingen ein umfassendes und attraktives Fremdbetreuungskonzept für die Familien an. Die Schule kann sich aber wieder auf ihre Hauptaufgabe, die Bildung und Ausbildung, konzentrieren.

Die Förderung der Fremdbetreuung durch Tagesfamilien bringt in mehrfacher Hinsicht eine win-win-Situation: Einerseits bietet sie den Eltern, die ihre Kinder betreuen lassen möchten, eine individuelle Möglichkeit, Betreuungs-Zeitraum und –Intensität in der von ihnen gewünschten und benötigten Form zu organisieren. Andererseits bietet sie Eltern, die erwerbstätig bleiben, jedoch ihre Kinder selber betreuen möchten, eine sehr gute Möglichkeit als Tageseltern zu wirken. Der Verein „Die Tagesfamilie“ bietet eine effiziente Vermittlung, professionelle Begleitung der Betreuungsverhältnisse und termingerechtes Inkasso an.

Der Tageshort nimmt Kinder ab Eintritt Kindergarten bis zum Ende der Primarschulzeit auf und betreut die Kinder auch teilzeitlich. Die Elemente Morgen-, Mittags-, Nachmittags-, Spätnachmittags- und Ferienbetreuung können einzeln gebucht werden. Die Anmeldung ist jeweils für ein Semester verbindlich. Mit einem Tageshort sorgt die Gemeinde für eine qualitative und umfassende Betreuung an einem Standort und verzichtet auf die dezentrale Betreuung in Kleinsteinheiten direkt an den Schulstandorten.

Mit der Umsetzung dieses Postulats und dem bereits bestehenden Engagement im Krippenpool verfügt die Gemeinde Wettingen über ein modernes, bedürfnisgerechtes Fremdbetreuungskonzept bei gleichzeitiger Optimierung des eingesetzten Steuergeldes.

### **Interpellation Patrick Bürgi und Sandro Sozzi, CVP, vom 10. November 2011 betreffend Energiesparen bei Kommunalfahrzeugen**

Energie muss und soll in jedem Bereich gespart werden - die dafür benötigten Mittel sollen jedoch in einem vernünftigen Verhältnis zum Nutzen stehen. In diesem Zusammenhang stellt sich auch für die Gemeinde Wettingen die Frage, ob bei Kommunalfahrzeugen (für Werkhof, EWW etc.) Massnahmen getroffen werden könnten, um Energie zu sparen. Wohl wird es schwierig sein, mit älteren, aber immer noch tauglichen Fahrzeugen im grossen Masse Energie zu sparen. Hauptsächlich bei Neuanschaffungen wird der Energieverbrauch jedoch mitentscheidend sein.

Insbesondere in der EU werden grosse Anstrengungen unternommen, um dem umweltbewussten Bürger zu helfen, saubere und energieeffiziente Fahrzeuge auszuwählen. Beispielsweise das Internetportal [www.clean-vehicle.eu](http://www.clean-vehicle.eu) kann dem

Privaten wie auch der öffentlichen Hand bei der Beschaffung von Fahrzeugen dienlich sein. Das clean-vehicle-Portal ist ein nützliches Instrument, umfasst es doch eine sehr breite Palette von Fahrzeugen, von Personenwagen über leichte und schwere Nutzfahrzeuge, und liefert Informationen über verschiedenste Technologien, über den Energieverbrauch, die Emissionen der Fahrzeuge etc. Die Kosten für den Energieverbrauch und die Umweltauswirkungen von Fahrzeugen sollen heute bei der Neubeschaffung eine grosse Rolle spielen.

Gerade elektrisch angetriebene Autos und Nutzfahrzeuge sind zurzeit an allen Fronten aktuell und gelten als Hoffnungsträger der Mobilität. So hat auch das EWW vor kurzem ein Elektromobil beschafft. Ob Elektromobile die künftigen Bedürfnisse umfassend decken, ist fraglich. Insbesondere sind im heutigen Zeitpunkt die Beschaffungskosten noch sehr hoch. Nach Ansicht der Interpellanten ist es notwendig, dass im heutigen Zeitpunkt bei der Neubeschaffung von Fahrzeugen hinterfragt wird, auf welche Aspekte viel Wert gelegt werden muss und welche Ausrüstung etc. tatsächlich notwendig ist.

In diesem Zusammenhang wird der Gemeinderat Wettingen höflich ersucht, folgende Fragen zu beantworten:

1. Welchen Evaluationsprozess bzw. welche Strategie hat sich der Gemeinderat bei der Beschaffung von Kommunalfahrzeugen vorgegeben und auf welche Aspekte wird Gewicht gelegt?
2. Was unternimmt der Gemeinderat, um dem Aspekt des Energiesparens in Bezug auf Kommunalfahrzeuge optimal Rechnung zu tragen?
3. Welche "umweltfreundlichen" Fahrzeuge sind in der Gemeinde Wettingen bereits im Einsatz? Mit welchem Erfolg?
4. Welche weiteren "umweltfreundliche" Fahrzeuge plant der Gemeinderat kurz- bis mittelfristig anzuschaffen?

### **Postulat Patrick Bürgi und Robin Bauer vom 10. November 2011 betreffend Einführung eines Waldkindergartens in Wettingen**

#### **Antrag:**

Der Gemeinderat wird ersucht, die Einführung eines Waldkindergartens auf das Schuljahr 2013/2014 zu prüfen.

#### **Begründung:**

Vermeint muss festgestellt werden, dass Kinder der städtischen Agglomeration den Wald und seine Vielfalt nicht (mehr) kennen. Es ist abhängig von den Eltern, ob den Kindern ermöglicht wird, dass sie den Wald kennenlernen, sich in der Natur bewegen und dort auch spielen. In Wettingen besteht im heutigen Zeitpunkt die Waldspielgruppe „Sunneschtrahl“. Diese Waldspielgruppe besteht seit Frühling 2006 und gibt Kindern im Alter von drei bis fünf Jahren die Möglichkeit, den Wald zu erleben und die Natur zu entdecken. Nach Abschluss der Waldspielgruppe besteht zurzeit kein Angebot an den Wettinger Schulen, dass die Kinder einen Waldkindergarten besuchen könnten.

Nach Ansicht der Postulanten versteht es sich von selbst, dass ein solches Angebot freiwillig sein muss und auch von den Nutzern zumindest teilweise finanziert wird. Ein



Blick nach Baden zeigt, dass ein sehr grosses Interesse und eine rege Nachfrage (grösser als das Angebot) beim Besuch des Waldkindergartens vorhanden sind. Das Bedürfnis eines solchen vorschulischen Angebots ist zweifelsohne vorhanden. Beständen daran Zweifel, wäre es allenfalls sinnvoll, während beispielsweise fünf Jahren ein Pilotprojekt Waldkindergarten durchzuführen. Nach Abschluss einer solchen Pilotphase kann ausgewertet und über die Weiterführung entschieden werden.

Die Gesundheit unserer Kinder steht an oberster Stelle unserer Prioritäten. Mit der Einführung eines Waldkindergartens könnte diesem Interesse massgeblich Gewicht verliehen werden. Im Wald können die Kinder die Natur mit allen Sinnen aktiv erleben und ihre Fantasie wie auch Kreativität wird gefördert. Kommt hinzu, dass die Kinder lernen, sorgfältig mit der Natur umzugehen. Die Realisierung und Prüfung der Einführung eines Waldkindergartens steht im öffentlichen Interesse und sollte bald möglichst umgesetzt werden.

#### **0.e Gratulation Yvonne Feri zur Wahl als Nationalrätin**

Der Präsident gratuliert Gemeinderätin Yvonne Feri zur Wahl als Nationalrätin und wünscht ihr viel Erfolg und persönliche Befriedigung in ihrem neuen Amt in Bern.

#### **1. Inpflichtnahme von Reto Huber (anstelle des zurückgetretenen Stefan Frey)**

Der Präsident nimmt Reto Huber in Pflicht und wünscht ihm in der Ausübung seines Amtes viel Erfolg und persönliche Befriedigung.

#### **2. Protokoll der Sitzung vom 20. Oktober 2011**

Das Protokoll der Sitzung vom 20. Oktober 2011 wird genehmigt und der Verfasserin verdankt.

#### **3. Einbürgerungen**

##### **3.1 Einbürgerung; Hernandez Salguero Ovidio José, geb. 1956, salvadorianischer Staatsangehöriger, wohnhaft in Wettingen, Attenhoferstrasse 3b**

In der offenen Abstimmung wird das Bürgerrecht mit 43 : 0 Stimmen, bei 5 Enthaltungen, zugesichert.

##### **3.2 Einbürgerung; Machado Nunes Angela, geb. 1984, portugiesische Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Brückenstrasse 18**

In der offenen Abstimmung wird das Bürgerrecht mit 45 : 0 Stimmen, bei 3 Enthaltungen, zugesichert.

##### **3.3 Einbürgerung; Reich Kristina, geb. 1993, deutsche Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Bahnhofstrasse 8**

In der offenen Abstimmung wird das Bürgerrecht mit 45 : 0 Stimmen, bei 3 Enthaltungen, zugesichert.

### 3.4 **Einbürgerung; Taheri Hassan, geb. 1983, afghanischer Staatsangehöriger, wohnhaft in Wettingen, Zentralstrasse 114**

In der offenen Abstimmung wird das Bürgerrecht mit 42 : 6 Stimmen, bei 4 Enthaltungen, zugesichert.

### 4. **Volksinitiative „Umfassende Blockzeiten mit Teamteaching an den Primarschulen der Gemeinde Wettingen“ und „Einführung grosser Blockzeiten an den Primarschulen der Gemeinde Wettingen“**

**Wassmer Christian, Vertreter der Finanzkommission:** Am 18. Juni 2010 hat die IG Blockzeiten mit 1'790 gültigen Unterschriften eine Volksinitiative eingereicht, die ab Schuljahr 2011/2012 umfassende Blockzeiten mit Teamteaching an den Primarschulen Wettingen realisieren will. Der Einwohnerrat hat sich klar und schon mehrfach für grosse Blockzeiten ausgesprochen und der Volksinitiative im Sinne einer allgemeinen Anregung zugestimmt. Der Gemeinderat wurde beauftragt, dem Einwohnerrat bis Herbst 2011 auf der Basis der Vernehmlassungsvorlage und deren Ergebnis eine Vorlage zur Einführung von grossen Blockzeiten auf das Schuljahr 2012/2013 zu unterbreiten. Diese Vorlage liegt heute vor uns. Da die Vorgaben des Kantons betreffend Lektionenanzahl nach wie vor unklar sind, hat die Lehrerschaft, die Schulleitungen zusammen mit den Stundenplanern, 2 Parallelstundenpläne ausgearbeitet. An dieser Stelle den Schulleitungen und verantwortlichen Personen ein herzliches Dankeschön für den riesigen geleisteten Aufwand. Das Fazit davon ist, die Einführung der grossen Blockzeiten ist machbar. Auch die Belegungspläne der Turnhallen und des Schwimmbades sind machbar. Ich sage bewusst machbar, weil es auch immer optimalere Varianten gibt. Entscheidend scheint mir doch, dass man es machen kann, wenn man will. Die geforderte Schulraumplanung liegt zum heutigen Zeitpunkt noch nicht vor. So sehen wir nicht, welche Auswirkungen die grösser werdende Schülerzahl und auch eine allfällige Systemumstellung auf 6/3, wie sie gerade im Grossen Rat beschlossen wurde, haben werden. Dies wird neben den Blockzeiten einen zusätzlichen Einfluss haben auf die Schulraumplanung haben. Zusatzkosten entstehen einerseits durch das Fach Freies Gestalten, Lohnkosten für zusätzliche Lehrkräfte im Umfang von rund Fr. 240'000.00 pro Jahr sowie Materialkosten von rund Fr. 10'000.00. Total kostet die Blockzeiteneinführung rund Fr. 250'000.00. Andererseits gibt es marginale infrastrukturelle und didaktische Anpassungen. So die einmaligen Anpassungen in den rund 30 Schulzimmern à Fr. 2'000.00 und im Altenburg eine Umfunktionierung eines Schulzimmers für Fr. 10'000.00. Diese Kosten erscheinen der Finanzkommission gerechtfertigt. Ebenso anerkennt die Finanzkommission den zusätzlichen Schulraumbedarf im Dorf für 12 Lektionen in der Halbkasse. Wenn immer möglich, soll dieser Raum auf dem Schulgelände zur Verfügung gestellt werden. Die Kosten dafür betragen maximal Fr. 600'000.00. Sie sehen dies im weiteren Traktandum Pavillon. Auch wenn heute gemäss Finanzkommission nicht abschliessend über den Pavillon oder Schul-Container befunden wird und wir das Traktandum auf die Dezember-Sitzung verschieben, soll dies kein Grund sein, die Einführung der grossen Blockzeiten zu blockieren. Die Finanzkommission steht voll und ganz hinter dieser Vorlage und empfiehlt dem Einwohnerrat einstimmig, die Vorlage mit allen 4 Beschlüssen anzunehmen.

**Ernst Kirsten:** Die Fraktion SP/WettiGrünen begrüsst die heute vorliegende, sorgfältige ausgearbeitete Vorlage zur Einführung von umfassenden grossen Blockzeiten. Mit der Realisierung von grossen Blockzeiten halten nun neue Lehr- und Lernformen Einzug in der Primarschule Wettingen. Durch das neue Fach Freies Gestalten besteht die Möglichkeit für ein reichhaltiges anregendes Angebot und es können auch mehr

individualisierende Unterrichtselemente, angepasst auf die Bedürfnisse von jedem Kind, eingesetzt werden. Die regelmässigen Unterrichtszeiten bieten einige Vorteile, wie Beruhigung des Schulalltages, bessere Integration, eine Steigerung der Sozialkompetenz, klare Strukturen und einen zusätzlichen freien Nachmittag für die ersten und zweiten Primarschulklassen. Mit der Annahme der grossen Blockzeitenvorlage gehen wir einen ersten, kleinen Schritt von einem Ausbau Richtung Tagesstrukturen in Wettingen. Denn bei den heutigen, familienstrukturellen Veränderungen und den fortlaufenden wandelnden gesellschaftlichen Bedürfnissen sind solche Anpassungen unbedingt notwendig geworden. Die Fraktion unterstützt die beiden Anträge für die infrastrukturellen Umgestaltung der Klassenzimmer und den Kredit für die Einführung des neuen Faches Freies Gestalten.

**Briner Daniela:** Die SVP-Fraktion ist ebenfalls für die vom Gemeinderat vorgeschlagene Einführung von grossen Blockzeiten. Blockzeiten sind zeitgemäss, insbesondere für eine Gemeinde in der Grösse von Wettingen. Vor allem für berufstätige Eltern bringen Blockzeiten grosse Vorteile. Die Einführung des Faches Freies Gestalten im Halbklassenunterricht erscheint uns sehr sinnvoll und beugt einer Überforderung der Schülerinnen und Schüler durch die notwendigen zusätzlichen Lektionen vor. Auch wird dadurch der Nachteil, dass weniger Halbklassenlektionen möglich sind, wett gemacht. Aus der Vorlage geht ganz deutlich hervor, wie komplex stundenplantechnisch die Einführung von Blockzeiten ist. Die in der Vorlage aufgeführten Stundenpläne scheinen aber alle Bedürfnisse abzudecken. Auch ich möchte an dieser Stelle den Planerinnen und Planern ein grosses Kompliment aussprechen. In der Vorlage werden die Auswirkungen der Einführung der grossen Blockzeiten eingehend und nachvollziehbar dargelegt. Es ist klar, dass die Einführung solcher Blockzeiten auch gewisse Nachteile mit sich bringt. Diese werden aber durch die Vorteile weitgehend aufgewogen. Auch ist klar, dass das Ganze etwas kostet. Die im Antrag aufgeführten Kosten sind nachvollziehbar und erscheinen als ausgewiesen, so dass die SVP-Fraktion auch diesen Anträgen vollumfänglich zustimmen kann.

**Bürgi Patrick:** Die CVP-Fraktion steht einstimmig hinter dem Vorschlag der Arbeitsgruppe bzw. des Gemeinderates zur Einführung von grossen Blockzeiten an der Primarschule der Gemeinde Wettingen. Wir sind nach wie vor der Überzeugung, dass die schulische Betreuung der Kinder eine qualitative Verbesserung gegenüber der heutigen Situation ist. Grossen Wert haben wir im Vorfeld darauf gelegt, dass uns in der heutigen Vorlage aufgezeigt wird, welche räumlichen und entsprechend finanziellen Auswirkungen die Einführung von grossen Blockzeiten hat. Auch wenn die Vorlage betreffend Bereitstellung von zusätzlichem Schulraum heute voraussichtlich nicht zur Debatte kommt, haben wir uns unter der Prämisse, dass für zusätzlichen Schulraum einen Maximalbetrag von Fr. 600'000.00 zur Verfügung gestellt werden muss, mit der Einführung von grossen Blockzeiten auseinandergesetzt. Unter allen Voraussetzungen, auch unter den wiederkehrenden Mehrkosten, die der Gemeinderat aufzeigt, unterstützen wir die Einführung von grossen Blockzeiten einstimmig.

**Dzung Dacfoy:** Ich bin Ingenieur bei der ABB. In diesem Zusammenhang habe ich zwei Bemerkungen. Eine Firma wie die ABB hat viele hochqualifizierte Mitarbeitende, die Vollzeitstellen besetzen. Suchen neuangestellte Personen einen Wohnort, sind sie angewiesen auf vollständige und zuverlässige Kinderbetreuung. Wir wollen genau solche Personen als neu Einwohnerinnen und Einwohner in Wettingen gewinnen. Deshalb denke ich auch im Zusammenhang mit der hochgelobten Standortqualität, dass wir diese Kosten für die Kinderbetreuung sicher aufbringen können. Ich denke deshalb, dass die Blockzeiten und die Überweisung der Motion Rüegg dringend nötig und unterstützenswürdig sind. Ein weiterer kleiner Punkt im Zusammenhang mit der Vorlage. Unter den pädagogischen Auswirkungen steht, dass das Fach Freies

Gestalten ein Ausgleich zu den vielen kopflastigen Fächern sein soll. Ich verstehe aber den Reflex nicht, weshalb man sich immer über die kopflastigen Fächer beklagen soll. In Anbetracht dessen, dass wir in der Schweiz zu wenig Nachwuchs in den MINT-Fächern, also Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik, denke ich, dass man durchaus auch schon früh mit den Kindern interessante und kopflastige Themen anschauen kann. Man kann durchaus Physikexperimente machen und nicht nur Puppen basteln. In diesem Zusammenhang hoffe ich doch, dass man die zusätzlichen Stunden so ausnützt.

**Suter-Schmid Helen:** Auch die Fraktion EVP/Forum 5430 unterstützt die Einführung der Blockzeiten. Es ist uns bewusst, dass dies vor allem einen Mehrwert für die Eltern schafft, weil die Kinder in einem 4er-Block in die Schule müssen. Trotzdem unterstützen wir die Blockzeiten, weil sie auch mehr Ruhe in den Schulalltag bringen können und die Kinder immer zur gleichen Zeit am Morgen in die Schule gehen und am Mittag nach Hause kommen. Die Blockzeiten bringen aber auch stundenplantechnischer Herausforderungen, die mehr Schulräume bedürfen. Ich gehe deshalb davon aus, dass die Gemeinde Wettingen und der Einwohnerrat dazu bereit sind, genügend Schulraum für die Schülerinnen und Schüler sowie die Lehrpersonen vor Ort zu erstellen, damit man in einer guten Atmosphäre arbeiten kann.

**Vizeammann Studer Heiner:** Ich danke für die gute Aufnahme der Vorlage. Hätte man dies vor 2 Jahren prophezeit, hätten es viele nicht geglaubt. Durch einen Prozess mit einer Arbeitsgruppe, einer Volksinitiative, einer Arbeitsgruppe mit Vertretern von allen Fraktionen, dann mit vielen Leuten aus dem schulischen Umfeld wurde eine Lösung geschaffen, der einhellig in diesem Rat zugestimmt werden kann. Das ist ein wichtiger Moment. Das einzige, was ich noch anfügen möchte, ist folgendes: Die Blockzeitenvorlage ist das Geschäft von heute Abend, dessen Annahme am meisten Konsequenzen und Auswirkungen haben wird. Alle Kinder werden von 8 Uhr bis 12 Uhr in der Schule sein und zusätzlich werden die Auffangszeiten am Anfang angeboten. Das ist ein grosser Wechsel mit sehr viel Mehrwert. Ich möchte Ihnen allen herzlich für Ihre Zustimmung danken. Ausserdem möchte ich all denjenigen zum Voraus in der Schule danken, welche die Umsetzung vornehmen werden. Es sind einige Fragen, zu welchen die Vorlage die Grundlage bietet. Deshalb möchte ich antönen, dass man an der nächsten Sitzung das Postulat von Bernadette Müller zum Thema Musikschule übernehmen werden. Uns ist sehr wohl bewusst, dass dies eine der Umsetzungsfragen ist. Wir werden aber auch an der nächsten Sitzung die Interpellation der CVP-Fraktion betreffend Schulraumbedarf beantworten. Die aktualisierten Prognosezahlen liegen nun vor, was uns handfeste Aussagen ermöglicht. Ich danke Ihnen für Ihre Bereitschaft, dem vorliegenden Geschäft zuzustimmen.

### **Abstimmung**

Der Einwohnerrat fasst einstimmig folgende Beschlüsse:

1. Der Einführung grosser Blockzeiten ab Schuljahr 2012/13 an den Primarschulen der Gemeinde Wettingen“ auf das Schuljahr 2012/13 wird zugestimmt.
2. Für die Einführung grosser Blockzeiten ab Schuljahr 2012/13 wird für das Jahr 2012 ein Kredit von Fr. 105'000.00 (Personalkosten Fach „Freies Gestalten“ für 5 Monate Fr. 100'000.00, Materialkosten Fr. 5'000.00) bewilligt.
3. Für die infrastrukturelle Anpassung der Klassenzimmer wird ein einmaliger Betrag von Fr. 60'000.00 (30 Klassenzimmer in drei Schulkreisen zu durchschnittlich Fr. 2'000.00) bewilligt.

4. Für die infrastrukturelle Umgestaltung des Zimmers E11 des Schulhauses Altenburg wird ein Betrag von Fr. 10'000.00 bewilligt.

**5. Kreditbegehren von Fr. 600'000.00 zur Bereitstellung von zusätzlichem Schulraum im Rahmen des Blockzeitenunterrichts**

**Wassmer Christian, Vertreter der Finanzkommission:** In diesem Geschäft stellt der Gemeinderat das Kreditbegehren von Fr. 600'000.00 zur Bereitstellung von zusätzlichem Schulraum im Rahmen des Blockzeitenunterrichts in Form eines Schulpavillon, wie er heute im Kindergarten Altenburg besichtigt werden kann. Die Finanzkommission ist der Meinung, dass es hierzu als Übergangslösung - wir werden demnächst im Rat auch über den Umbau oder Neubau des Schulhauses Zehntenhof beraten, weshalb es eine Übergangslösung ist - eine Alternative zum luxuriösen Pavillonbau braucht, nämlich einen Schul-Container, wie es ihn beim Umbau des Bezirksschulhauses gab. Die Finanzkommission fordert den Gemeinderat einstimmig dazu auf, auf die Einwohnerratssitzung vom 8. Dezember 2011 das Kreditbegehren mit den beiden Varianten Pavillon oder Schul-Container erneut vorzulegen. Dann liegt auch die Schulraumplanung als Basis für weitsichtige Investitionsentscheide vor, was dann allenfalls einen Pavillon rechtfertigen könnte. Die Finanzkommission beantragt deshalb einstimmig die Rückweisung dieses Traktandums und fordert den Gemeinderat dazu auf, an der Einwohnerratssitzung vom 8. Dezember 2011 das Kreditbegehren mit den beiden Varianten Pavillon und Schul-Container zusammen mit der Schulraumplanung erneut vorzulegen.

**Suter-Schmid Helen:** Ist es denn noch machbar, den Schulraum bis Ende Sommer zu erstellen, wenn die Vorlage erst im Dezember beraten wird?

**Vizeammann Studer Heiner:** Wir sind uns in der Sache einig, dass die Finanzkommission die Variante Schul-Container mit allen Konsequenzen kennen möchte. An der Sitzung waren der Schulpflegepräsident und der Gemeinderat einverstanden, die Informationen in der Zwischenzeit aufzuarbeiten. Die Informationen zu den Konsequenzen eines Schul-Containers liegen vor, so dass die Finanzkommission und der Einwohnerrat die Vorlage an der nächsten Sitzung behandeln kann. Hier herrscht Einvernehmen. Mir wurde vermittelt, dass es heute um eine Absetzung von der Traktandenliste geht. Wenn die Vorlage formell zurückgewiesen wird, wird das Gleiche gemacht. Die Fakten zu Händen des Einwohnerrates sind bereits vorhanden. Zur Frage von Helen Suter: es ist machbar, auch wenn der Einwohnerrat am 8. Dezember 2011 entscheidet. Dies ist die zentrale Frage. Ich wehre mich nicht gegen die Rückweisung, obwohl es eigentlich keine ist, sondern es sind Ergänzungen, die die Finanzkommission zur Entscheidungsfindung wünschte. Ich gehe nicht auf das Formalistische ein, weil wir in der Sache des Vorgehens und des Inhaltes einig sind.

**Scherer Kleiner Leo:** Mich überzeugen die Argumente der Finanzkommission nicht ganz, um das Geschäft von der Traktandenliste abzusetzen oder wie auch immer der Antrag lautet. Ich höre, dass die Fakten vorhanden sind. Weshalb werden sie nicht einfach auf den Tisch gelegt, damit wir heute einen Entscheid treffen können? Weiter möchte ich folgendes anführen: in der langen Zeit, in der ich im Einwohnerrat sitze, habe ich beim Schulraum immer wieder das gleiche Erlebnis: man spart und spart und plant nicht einmal das kleinste bisschen Reserve ein. Was wäre so schlimm daran, wenn die Gemeinde Wettingen mit fast 2'500 Schülerinnen und Schülern einen Pavillon hätte und sich in zwei oder drei Jahren herausstellt, dass wir ihn auf Reserve haben?

Was wäre so schlimm daran? In dieser Gemeinde gibt es noch etliche Bedürfnisse nach Raum. Der Pavillon würde nicht Jahrzehnte ungenutzt herumstehen. Abgesehen davon ist ein Pavillon auch ein frei handelbares Gut. Wir könnten ihn auch dereinst verkaufen, wenn wir ihn nicht mehr bräuchten. Ich kann der Rückweisung nicht zustimmen.

### **Abstimmung**

Der Einwohnerrat fasst mit 35 : 10 Stimmen, bei 3 Enthaltungen, folgenden Beschluss:

Das Kreditbegehren von Fr. 600'000.00 zur Bereitstellung von zusätzlichem Schulraum im Rahmen des Blockzeitunterrichts wird zurückgewiesen. Der Gemeinderat wird aufgefordert, auf die Einwohnerratssitzung vom 8. Dezember 2011 das Kreditbegehren mit den beiden Varianten Pavillon und Schul-Container, zusammen mit der Schulraumplanung, erneut vorzulegen.

### **6. Motion Rüegg Ammann Marianne vom 26. September 2011 betreffend Neuorganisation der Tagesstrukturen auf das Schuljahr 2012/2013: "Durchgehende Tagesstrukturen machen Sinn"**

**Rüegg Ammann Marianne, Motionärin:** Ich begrüsse alle Ratsanwesenden und alle Anwesenden auf der Tribüne. Im Namen von 58 % Einwohnerinnen und Einwohner der Gemeinde Wettingen, die das Kleeblatt Tagesstrukturen angenommen haben, im Namen von über 550 betroffenen Personen, Familien, Sympathisantinnen und Sympathisanten, die die eingereichte Motion bis heute Abend mit ihrer Unterschrift unterstützt haben, im Namen von Karin Schmidlin und mir, Marianne Rüegg, Einwohnerinnen und Steuerzahlerinnen, sowie als Präsidentin des Vereins Tagesstrukturen Wettingen, fordere ich Sie auf, JA zu sagen. JA zu sagen zu durchgehenden Tagesstrukturen in der Gemeinde Wettingen. Denn das macht Sinn. Schaffen Sie heute und jetzt ohne Mehraufwand nachhaltigen Mehrwert für Familien und für die Gemeinde, in dem Sie die bereits bestehenden Betreuungseinheiten in den Nachmittag hineinverlegen und damit für alle Kinder zugänglich machen. Es gibt mindestens fünf gute Gründe für durchgehende Tagesstrukturen. Durchgehende Tagesstrukturen machen Sinn,

1. weil sie dem Bedürfnis von Eltern und Kindern entgegenkommen.
2. weil sie Teilzeitarbeit ermöglichen und den beruflichen Wiedereinstieg erleichtern. Heute sind Frauen gut ausgebildet und möchten sich während der Kinderphase nicht gänzlich aus dem Berufsleben zurückziehen, sondern teilzeitlich im Arbeitsumfeld bleiben können. Dies geht jedoch nur, wenn die Kinder betreut sind.
3. weil sie den Standort Wettingen attraktiver machen und die Finanzen der Gemeinde stärken. Arbeitende Personen erhöhen das Steuersubstrat und entlasten die Sozialkassen. Neben Infrastruktur, Schulen, Einkaufsmöglichkeiten, Verkehr, Freizeitangeboten sind Tagesstrukturen heute ein weiterer gewichtiger Faktor für den Entscheid, wo Familien mit Kinder in Zukunft oder eben heute wohnen möchten.
4. weil sie Integration fördern und Gewaltprävention täglich umsetzen. Denn jedes unbetreute Kind ist eines zu viel. Das Personal der Tagesstrukturen ist gut ausgebildet und weiss, wie mit Kindern förderlich umzugehen ist, die über mehrere Stunden betreut sind. Es steht mit den drei bereits heute genutzten Räumen absolut genügend Räume zur Verfügung. Leider hat sich von den Entscheidungsträgern und -trägerinnen der Arbeitsgruppe im Vorfeld niemand die Zeit genommen, sich an einem Betreuungsort persönlich ein Bild zu machen, was wir sehr bedauern.
5. nicht zuletzt macht es Sinn, durchgehende Tagesstrukturen heute ohne Mehrkosten

umzusetzen, statt in zwei, drei Jahren die vom Kanton verordneten Strukturen wieder auf- und auszubauen.

Die gemeinderätliche Vorlage basiert auf dem Zufallsprinzip. Sie schafft Ungleichbehandlung innerhalb einer Familie und unter Nachbarn. Familien ziehen Jahr für Jahr mit der Bekanntgabe der Stundenpläne das Los, ob ihre Kinder im laufenden Schuljahr betreuungsberechtigt sind oder nicht. Die gemeinderätliche Vorlage blendet diesen Sachverhalt aus, statt den Familien mit einem verlässlichen Angebot zur Seite zu stehen. Ich bitte Sie, über Ihren parteipolitischen Horizont hinaus auf alle Seiten zu schauen und die Empathie aufzubringen, sich in andere, für Sie vielleicht auch eher fremde Lebensbiografien hineinzusetzen, die auf ein durchgehendes und verlässliches Angebot angewiesen sind. Sagen Sie JA und ermöglichen Sie für alle Wettinger Familien die freie Wahl, ob und wenn ja, wie sie die Betreuung nutzen möchten. Und dies völlig unabhängig davon, ob Kinder oder Geschwister am Nachmittag nun Schule haben oder nicht. Ich fordere Sie, geschätzte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, auf, unserer Motion für durchgehende Tagesstrukturen für alle zuzustimmen. Denn allein dies macht Sinn!

**Vizeammann Studer Heiner:** Ich rede im Namen des Gemeinderates und des Schulpflegepräsidenten. Zu den grundsätzlichen Ausführungen sage ich nichts und zwar deshalb, weil es darum geht, was die Motion jetzt möchte. Auch die Behörde sagt nicht, es ist nicht gut und falsch, dass es in Wettingen Angebote an allen Tagen gibt. Die Frage ist, ob dieses Modell, so wie vorgeschlagen, die richtige Lösung ist. Ausgangspunkt ist, dass durch die Einführung von Blockzeiten auf jeden Fall das Konzept der Betreuung angepasst werden muss. Es kann nicht mehr umgesetzt werden, höchstens bezüglich dem Mittagstisch, welcher von 4 auf 5 erhöht werden soll. Ich möchte dem Ratpräsidenten danken, dass er die Motion vor der Anpassung des Konzeptes behandelt, damit man die Grundsatzdebatte bei der Motion führen, diese ernst nehmen kann und das Pro und Contra ausdiskutieren. Ich bin gespannt auf eine engagierte, inhaltlich gute Debatte. Je nach Resultat ist es der Entwurf des Gemeinderates, der zur Behandlung kommt oder wenn die Motion eine Mehrheit findet, müsste der Entwurf entsprechend angepasst werden. Wir haben lange Diskussionen geführt. Noch vor einem Jahr, im Rahmen der Vernehmlassung, war von vielen die Frage bestritten, ob man mit den grossen Blockzeiten ein Nachmittagsangebot machen soll. Wir sind aber klar zum Schluss gekommen, dass wir nicht zurückbuchstabieren wollen. Im Gegensatz zu der Begründung in der Motion geht es nirgends um ein Zurückbuchstabieren, sondern die Einführung des 5. Mittagstisches und an den Nachmittagen, an denen die Kinder in der Schule sind, die Betreuung bis 17.30 Uhr statt 16.30 Uhr auszubauen. Es ist also eine Stunde mehr, nicht ein Abbau. Das heisst, dass jede Familie die Kinder pro Woche 2 Tage von morgens um 8 Uhr bis abends um 17.30 Uhr in der Schule betreuen lassen kann. Der Einwand, wie es ist, wenn man in der ersten und zweiten Klasse Kinder hat, die nicht am selben Nachmittag Schule haben, dann ist das eine Frage, die schulorganisatorisch gelöst werden kann. Man kann dafür schauen, dass die Kinder in den gleichen Abteilungen sind, damit sie an den selben Nachmittagen Schule oder frei haben. Für die wenigen Kinder, wo dies zutrifft, gibt es eine Lösung. Es ist möglich, mit dem Gesamtkonzept jeden Morgen von 8 bis 12 Uhr und an 2 Nachmittagen die Kinder betreuen zu lassen. Dies ist eine erhebliche Ergänzung. Der Unterschied zur Motion ist ausschliesslich, dass die gleichen Kinder an 2 weiteren Nachmittagen betreut würden. Hier sind wir bezüglich der Rahmenbedingungen der Meinung, dass dies nicht kostenneutral ist. Pro Schulkreis haben wir leider nur einen Raum zur Verfügung. Dies ist auf den nächsten Sommer nicht änderbar. Wir haben die Auffassung, dass es nicht vernünftig wäre, die Betreuung von allen Kindern in einem einzigen Schulraum zu machen. Das ist ein zentraler Punkt. Ein weitere Punkt ist folgender: wenn es denn schon

Halbtagesbetreuung sein soll, ist es denn sinnvoll, dies in der Schulanlage zu machen? Müsste man dann nicht - was wir durchaus überlegen - nicht ausserhalb der Schulanlagen Räumlichkeiten haben? Dies gehört auch in die pädagogischen Überlegungen, dass sich Kinder die ganze Woche von Montag bis Freitag jeden Tag von Morgen bis Abend im Schulareal aufhalten. Diese Fragen müssen auch geprüft werden und wir sind bereit dazu. Der Grosse Rat ist an der Anpassung des entsprechenden Gesetzes. Die 1. Lesung hat stattgefunden, im Januar 2012 findet die zweite Lesung statt. Je nachdem wird eine Volksabstimmung durchgeführt. Die echten Rahmenbedingungen sind noch nicht bekannt. Denn die zweite Lesung im Grossen Rat kann substantielle Veränderungen ergeben. Ich bin überzeugt, dass in Wettingen wieder eine Mehrheit dem Grundsatz zustimmt. Aber dem Grundsatz zustimmen heisst noch nicht, dass jedes Angebot gemacht werden muss. Ich hoffe, Sie sehen, dass es für uns nicht um eine Grundsatzfrage geht, ob in dieser Gemeinde die Angebote einmal hier sind. Eine weitere Frage wäre die nach der Trägerschaft. Gerade das Gesetz sieht nicht unbedingt vor, dass überall die öffentliche Hand die Träger sind, sondern private Trägerschaften möglich sind, die unterstützt werden können. Beide Behörden sind der Überzeugung, dass es jetzt richtig ist, auf das nächste Schuljahr die Ergänzung zu machen, welche eine Erweiterung und keine Kürzung des Angebotes für Eltern und Kinder anbietet. Ich habe mit Interesse den Jahresbericht des Vereins Tagesstrukturen gelesen. Darin steht, dass von den betreuten 153 Kindern 78 Kinder an einem Tag in der Betreuung waren, ein Teil an zwei, ein Teil an drei Tagen. Das würde die Aussage stützen, wenn an jedem Tag den ganzen Morgen und an zwei Tagen den ganzen Tag Betreuung angeboten würde, zwar nicht alle, aber viele Bedürfnisse abgedeckt wären. Dies zusammenfassend die Überlegungen, weshalb wir Ihnen empfehlen, die Motion abzulehnen, nicht wegen dem Grundsatz, sondern wegen dem Ziel, auf das nächste Schuljahr die Betreuung unter diesen Rahmenbedingungen anzubieten.

**Meier Thomas:** Für die CVP-Fraktion ist es schon seit langer Zeit klar, dass es Fremdbetreuungsformen braucht. Nicht erst seit gestern oder zwei Jahren. Wir haben den Krippenpool, bei dem Wettingen mitmacht und von dem die CVP überzogen ist, dass es eine sinnvolle Sache ist. Wir haben aber auch keinen Hehl daraus gemacht, dass die vorliegende Motion und die durch die Motion angestrebte Richtung mit Ausbau von Betreuung an der Schule für uns völlig die falsche Richtung ist. Aus diesem Grund lehnen wir die Motion ab. Wir möchten aber nicht einfach nur ablehnen und sagen, was schlecht ist. Wir möchten auch sagen, was aus unserer Sicht konkrete und zielorientierte Lösungsansätze sind, um das berechtigte Anliegen, dass Fremdbetreuung in Wettingen möglich ist und gut genutzt werden kann. Wir möchten konkret, dass die Gemeinde Wettingen die Kinderbetreuung in Tagesfamilien viel mehr fördert. Wir werden fordern, dass die Gemeinde Wettingen mit dem Verein "Die Tagesfamilie" eine Leistungsvereinbarung abschliesst und die Kostenbeteiligung der Eltern gleich im Elternbeitragsreglement aufgenommen wird, wie das heute z.B. beim Krippenpool angewendet wird. Ein konkreter Ansatz Förderung der Kinderbetreuung über Tagesfamilien. Wir möchten konkret, dass die Gemeinde Wettingen einen Tageshort im Sommer 2013 eröffnet. Auch hier muss man nichts neues erfinden, sondern man kann das Konzept des Tageshortes Baden anschauen und in einer guten Art umsetzen. Auch hier soll für die Kostenbeteiligung der Eltern das Elternbeitragsreglement zur Anwendung kommen. Wir möchten konkret, dass der Mittagstisch an den Wettinger Schulstandorten von Montag bis Freitag während den Schulzeiten durchgezogen wird. Wir möchten konkret, und deshalb die Ablehnung der Motion, dass dann, wenn die Leistungsvereinbarung und die Förderung der Tagesfamilien Tatsache ist, dann wenn der Tageshort in 1 1/2 Jahren steht und dann, wenn der Mittagstisch an den Schulen existiert, gänzlich auf jede weitere Betreuung an den Schulen durch Betreuungsstunden verzichtet wird. Mit Krippenpool, mit Förderung der Betreuung durch Tagesfamilien, mit Tageshort und mit Mittagstisch, bietet dann die



Gemeinde wirklich ein umfassendes und attraktives Fremdbetreuungskonzept für Familien an. Die Schule, dies ist uns ein wichtiges Anliegen, kann sich dann wieder auf ihre Hauptaufgabe konzentrieren, nämlich auf die Bildung und Ausbildung. Die Förderung der Fremdbetreuung durch Tagesfamilien bringt in mehrfacher Hinsicht Win-Win-Situationen. Sie bietet einerseits den Eltern, die ihre Kinder betreuen lassen wollen, eine individuelle Möglichkeit, Betreuungszeitraum, Betreuungsintensität so zu wählen, wie sie es wünschen oder benötigen. Dadurch, dass dies auch im Elterbeitragsreglement aufgenommen wird, wird diese Art von Betreuung auch kostenmässig attraktiver werden als heute. Andererseits bietet die Betreuung in Tagesfamilien den Eltern auch die Möglichkeit, erwerbstätig zu bleiben, jedoch ihre Kinder selber weiterhin zu betreuen. Diese Möglichkeit besteht nicht oder praktisch nicht. Der jetzt schon bestehende Verein Tagesfamilie bietet eine effiziente Vermittlung, eine professionelle Begleitung der Betreuungsverhältnisse sowie ein termingerechtes Inkasso an. Auch hier muss nichts neu erfunden werden und kann schnell umgesetzt werden. Der Tageshort nimmt Kinder ab Eintritt Kindergarten bis zum Ende der Primarschulzeit auf und betreut die Kinder auch teilzeitlich. Dort können die Elemente Morgen, Mittag, Nachmittag, Spätnachmittag, Ferienbetreuung einzeln gebucht werden. Die Anmeldung ist für ein Semester verbindlich. Mit einem Tageshort hat die Gemeinde ein qualitatives und umfassendes Betreuungsangebot an einem Standort und verzichtet auf die dezentrale Betreuung in Kleinsteinheiten an den Schulstandorten. Mit diesen konkreten Lösungsansätzen und dem bereits bestehenden Engagement im Krippenpool verfügt die Gemeinde Wettingen über ein modernes und bedürfnisgerechtes Fremdbetreuungskonzept, bei gleichzeitigem optimiertem Einsatz von Steuergeldern. Wir machen aber auch keinen Hehl daraus, dass die CVP Wettingen immer das zentrale Anliegen hatte, dass alle Familienformen gleichbehandelt werden. Dementsprechend wollen wir auch konkret fordern, dass Familien, die keine von der Gemeinde subventionierten Fremdbetreuungsformen in Anspruch nehmen (also Krippenpool nicht, Tagesfamilien nicht, Tageshort nicht), ein monatliches Kinderbetreuungsgeld erhalten, welches wie beim Elterbeitragsreglement über die Höhe des Einkommens geregelt wird. Wir werden konkret fordern, dass der Gemeinderat bis März 2012 eine konkrete Vorlage dem Einwohnerrat vorlegt, um im August 2013 die Einführung des Kinderbetreuungsgeldes zu ermöglichen. Auf den Sommer 2013 hat die Gemeinde Wettingen, wenn unsere Forderungen konkret umgesetzt werden, ein umfassendes Fremdbetreuungskonzept. Mit dem Elterbeitragsreglement ist die finanzielle Beteiligung der Eltern geregelt und die Subventionierung durch die Gemeinde festgelegt. Durch die Einführung eines Kinderbetreuungsgeldes stellt die Gemeinde definitiv sicher, dass die Familie gleich behandelt werden. Nochmals: keine Giesskanne, die finanzielle Unterstützung durch die Gemeinde soll in jedem Fall einkommensabhängig sein, jedoch unabhängig davon, welche Familienform (eigenbetreut oder fremdbetreut) gewählt wird. Wir haben dies schon mehrmals gefordert und sind bis jetzt leider immer auf komplette Ablehnung gestossen. Wettingen kann damit ein vorbildliches Zeichen in der schweizerischen Familienpolitik setzen. Überall wird betont, wie wichtig die Familien als Grundpfeiler unserer Gesellschaft sind. Wenn die Familien wirklich so wichtig sind, und davon ist die CVP Wettingen überzeugt, dürfen sie auch etwas kosten und man darf in sie investieren. Bei Subventionierung von Fremdbetreuungsplätzen hat diese Ansicht bereits heute eine breite Akzeptanz. Der in der Politik vorherrschende Trend, dass nur Fremdbetreuung durch die öffentliche Hand mit Finanzen und Infrastruktur unterstützt werden soll und die Selbstbetreuung unterdessen, auch schon hier im Einwohnerrat, als rückständig, als sogar volkswirtschaftlich minderwertig bezeichnet wird, weil sie keine Steuererträge bringt, muss gestoppt werden. Die CVP Wettingen setzt sich ganz klar für eine finanzielle und gesellschaftliche Gleichbehandlung von allen Familienformen ein. Weil nur so können Familien auch in Zukunft selbständig, verantwortungsvoll und frei entscheiden, welche Familienform für sie und ihre Kinder

die richtige ist. Gerade für Familien, die knapp rechnen müssen, ist die Einführung eines Kinderbetreuungsgeldes zwingend, damit sie auch in Zukunft eine echte Wahlfreiheit haben. Dies ist nicht nur irgend eine Sonntagspredigt. Wir meinen dies ernst. Deshalb haben wir heute - dies wurde am Anfang durch den Präsidenten schon verlesen - zwei Postulate mit diesen Forderungen eingereicht. Wir werden über diese Postulat mit diesen konkreten Lösungsansätzen im Rat befinden können. Wir haben immer betont, dass uns die Gleichbehandlung der Familienformen wichtig ist. Dies hat uns den Vorwurf eingebracht, dass wir Hinterwäldler seien, die nur die alte, traditionelle Familien verteidigen wollten und nicht offen seien für andere Formen. Dieser Vorwurf ist völlig falsch. Mit diesem Postulat betreffend Gleichbehandlung der Familienformen sind alle Parteien herzlich eingeladen zu beweisen, ob sie wirklich so weltoffen sind, wie sie immer sagen, und Familienformen, die sich nicht auf ihrem Horizont bewegen, gleich finanziell unterstützen. Ich bin sehr gespannt auf die Diskussion. Mit all diesen Ausführungen ist für uns klar: die vorliegende Motion, die für uns in mehrerer Hinsicht völlig in die falsche Richtung geht, lehnen wir ab. Die Postulate sind eingereicht und werden schnell zur Abstimmung kommen. Es ist auch keine Verzögerung zu erkennen. Wir werden schnell in der Gemeinde Wettingen erstens ein tolles Fremdbetreuungsangebot haben und zweitens ein Zeichen setzen, dass Gleichbehandlung von Familien nicht nur eine leere Hülse ist, sondern auch eins zu eins gelebt werden kann in einer Gemeinde.

**Elsener Konezciny Esther:** Die Motion von Mariann Rüegg büschelt die Betreuungsstunden neu um die schulischen Blockzeiten herum. Sie sind verrutscht auf den Nachmittag - nicht mehr und nicht weniger. Zusammen mit der Schule bildet alles zwei Blöcke: die Schule als Anbieter hat die schulischen Blockzeiten, sie sind die Fachleute, bilden die Personen, die Schule geht ihrem Kerngeschäft nach. Am Nachmittag haben wir Betreuungsstunden für die Kinder und Familien, die sie brauchen. Ebenso den Mittagstisch. Dies alles bietet der Verein Tagesstrukturen an, nicht die Schule. Auch das sind pädagogisch aus- und weitergebildete Fachleute, wie im Jahresbericht zu erfahren ist. Sie haben auch einen Tagesablauf, der ganz klar den Umgang mit den Kindern aufzeigt, auch, dass sie mit den Kindern nach draussen gehen, um das Problem mit den Räumen zu entschärfen. Wir sind sehr nahe an einem Tageshort. Der Tageshort in Baden heisst Tageshort. Wir sprechen von Tagesstrukturen. Es ist genauso modular aufgebaut. Es gibt Mittagstischbetreuung, es gibt Nachmittagsbetreuung. Die Motion sieht einen Testbetrieb von 4 Jahren vor. Wir müssen nicht bis 2013 warten, sondern können sie jetzt überweisen. Damit haben wir die Möglichkeit, genau die modulare Betreuung von Kindern anzubieten. Das finde ich ist eine fortschrittliche Familienpolitik. Deshalb wird die Fraktion SP/WettiGrünen die Motion überweisen. Heute reden wir nicht zum ersten Mal über Kinderbetreuung. 1990 hatten wir den Bericht "Kindertagesbetreuung in Wettingen". 21 Jahre ist dies her. 21 Jahre lang haben wir diskutiert, verschiedenste Arbeitsgruppen eingesetzt, haben Kommissionen eingesetzt und uns sehr intensiv mit dem Thema beschäftigt. Ich glaube, dass in diesen 21 Jahre die eine oder andere Person gemerkt hat, dass es Entwicklungen in der Familie gegeben hat, dass die Bedürfnisse sich geändert haben, dass nicht jede Familie gleich tickt. Nicht bei allen Familien genügt ein Lohn. In vielen Familien hat es Eltern, die beide arbeiten gehen wollen, es sind auch nicht alle Familien vollständig. Heute sind wir hier, um die Bedürfnisse der Familien und Kinder von heute ernst zu nehmen. Es geht letztlich um die Kinder, damit sie gut betreut werden können. Wir können die Bedürfnisse ernst nehmen, wir können alle Anwesenden, die sich dafür einsetzen, ernst nehmen, wir können unsere Familien, die hier leben und ihren Lebensmittelpunkt haben und auch hier Steuern zahlen, ernst nehmen. Ernst nehmen heisst, die Motion zu überweisen, denn sie ist zeitgemäss, vernünftig und entspricht einem Bedürfnis. Ich möchte Sie sehr bitten, heute ein mutiges Zeichen gegenüber der Familien zu setzen und die Motion anzunehmen. Ich

war letzte Woche am 30jährigen Jubiläum des Beratungszentrums Baden. Vor 30 Jahren benötigte es damals auch einen Entscheid. Das war notabene ein Wettinger Politiker, der ein mutiges JA sagte entgegen allen Empfehlungen. Ich bitte Sie heute auch mutig zu sein für die Kinder und Familien in Wettigen, JA zu sagen zur Motion und diese überweisen. Damit wir nicht warten müssen bis 2013 oder vielleicht gar nochmals 20 Jahre.

**Kaufmann Marco:** Es ist vielleicht etwas aussergewöhnlich hier zu stehen in meiner Funktion als Vizepräsident. Dies hat 2 Gründe: einerseits möchte ich das Mikrofon am Stehpult ausprobieren, andererseits bin ich der Vertreter der Fraktion Forum5430/EVP in der Arbeitsgruppe Tagesstrukturen. Meine Ausführungen sind zusammengefasst für das vorliegende Traktandum Motion Rüegg sowie für das nächste Traktandum zur Änderung des Konzeptes zur familienergänzenden Kinderbetreuung. Ich nehme es vorne weg: die Fraktion EVP/Forum5430 wird die Motion Rüegg mehrheitlich ablehnen und dem geänderten Konzept zur familienergänzenden Kinderbetreuung zustimmen. Die Fraktion ist nicht gegen einen Ausbau des Betreuungsangebotes. Ganz im Gegenteil. Wir sind sehr für ein erweitertes vollumfängliches Betreuungsangebot in der Gemeinde Wettigen. Die Fraktion Forum5430/EVP sieht ein attraktives Angebot an Tagesstrukturen als einen wichtigen Standortvorteil der Gemeinde an. Und wenn ich auf unseren Fraktionsbericht Bezug nehme, welcher auch in einem der vielen Mails der letzten Tage, welche aus der Bevölkerung an den Einwohnerrat zu diesem Thema versendet wurde, zitiert wird: "Das Kind bleibt zu Hause oder irgendwo." Das "oder irgendwo" ist keine höchstunglückliche Formulierung, wie in einem Mail behauptet wurde, sondern beschreibt genau das, was wir nicht wollen. Der Fraktion Forum5430/EVP sind die sozialen Folgen solcher Vernachlässigungen voll bewusst und somit überhaupt nicht egal. Uns liegt die Zukunft unserer Kinder sehr am Herzen. Wir werden die bereits im Raum stehende Volksinitiative zu den Tagesstrukturen sicher unterstützen können. Aber wieso lehnt denn die Fraktion die vorliegende Motion ab? Dies möchte ich an folgenden Punkten und auch im Vergleich zur gemeinderätlichen Vorlage erläutern. Unser fraktionsinterne, ausführliche und lange Meinungsfindungsprozess steht unter dem Motto "Lieber den Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach". Der gemeinderätliche Vorschlag basiert auf einem hart erarbeiteten Kompromiss in der Arbeitsgruppe Tagesstrukturen und steht unter dem kleinsten gemeinsamen Nenner, welcher unter den gegensätzlichen Vorstellungen der Arbeitsgruppenmitglieder gefunden werden konnte. Ich persönlich habe lange gar nicht daran geglaubt, dass wir zu diesem Thema einen gemeinsamen Vorschlag unterbreiten können. Kompromiss gehören va. in unserem politischen System dazu, um Mehrheiten zu finden. Es ist ein Geben und ein Nehmen. In diesem Rat wird sich zur Zeit keine Mehrheit für ein Angebot für umfangreichere Tagesstrukturen finden lassen - leider. Das vorliegende gemeinderätliche Angebot ist ein pragmatisches Vorgehen. Den einen geht es zu langsam, den anderen ist es jetzt schon zu viel. Unter dem Strich nimmt zusammen mit den Blockzeiten der Umfang der möglichen und individuell nutzbaren Betreuungszeit zu. Das entgegen der häufigen Behauptung, es sei ein Abbau. Weiter sprechen sachliche und technische Aspekte gegen die Motion. Aus unserer Sicht fehlt eindeutig der geeignete Raum in den Schulhäusern, um mit der Betreuung unter optimalen Bedingungen im Schuljahr 2012/2013 starten zu können. Die Forderungen in der Motion sind aus Sicht der Fraktion Forum5430/EVP sachlich richtig, aber nicht unter den momentan vorhandenen Rahmenbedingungen. Wir können uns nicht vorstellen, wie eine ganze Gruppe von Kindern mit unterschiedlichem Alter und unterschiedlichen Ansprüchen und Bedürfnissen einen ganzen kalten und verregneten Tag in einem einzigen Zimmer für alle befriedigend verbringen soll. Wenn ich meine Ausführungen abschliessend nochmals kurz zusammenfasse, kann ich sagen, dass die Fraktion Forum5430/EVP grundsätzlich für ein umfassenderes und weitergehendes Angebot an Tagesstrukturen ist als in der gemeinderätlichen Vorlage präsentiert. Doch

unter den gegebenen räumlichen, zeitlichen und politischen Rahmenbedingungen ist ein schrittweises Vorgehen wie vorgesehen zielbringender und wird nach unserer Meinung langfristig die bessere Lösung bringen.

**Briner Daniela:** Die Schule ist keine Krippe. Die Infrastrukturen der Schulen sind für eine derart weitgehende Betreuung nicht konzipiert. Der dafür nötige kindergerechte Raum steht zur Zeit nicht zur Verfügung. Es ist unseres Erachtens mit dem Kindeswohl nicht vereinbar, dass sich ein Kind den ganzen schulfreien Nachmittag in einem Schulzimmer oder auf dem Schulhausplatz aufhalten muss. Bei einer maximalen Nutzung der Betreuung, wie sie von der Motionärin beantragt wird, wäre ein Kind an 4 Tagen von 8 Uhr bis 17.30 Uhr und am Mittwoch von 8 Uhr bis 14.20 Uhr in der Schule. Das ergibt 44 Stunden im Schulzimmer oder auf dem Schulhausplatz. Ich kann mir nicht vorstellen, dass man das gut finden kann. Wir können uns aber vor allem nicht vorstellen, dass sich ein Kind von 8 Uhr bis 17.30 Uhr ununterbrochen in der Schule aufhalten möchte. Es ist nämlich zu berücksichtigen, dass bereits die Blockzeiten für die Kinder eine grössere Belastung bedeuten. Wird hingegen, hier möchte ich etwas vorgreifen auf das nächste Traktandum, dem gemeinderätlichen Vorschlag betreffend Änderung des Konzeptes für familienergänzende Kinderbetreuung zugestimmt, besteht für Erwerbstätige immerhin an 2 Tagen von 8 Uhr bis 17.30 Uhr und an drei Tagen zusätzlich von 8 Uhr bis 13.30 Uhr die Möglichkeit, die Kinder durch die Schule betreuen zu lassen. Rechnet man dies zusammen, ergibt dies ein Pensum von 70 bis 80 %. Solange die nötige kindergerechte Infrastruktur nicht vorhanden ist, lehnen wir die Motion ab.

**Rufener Andreas:** Bei der Motion geht es um den Spatz in der Hand oder die Taube auf dem Dach. Es ist schwierig zu sehen, was denn nun der Spatz und was die Taube ist. Wenn ich mir es gut überlege, ist der Vorschlag des Gemeinderates ein wenig die Taube. Man möchte das Angebot in einem richtigen Raum machen, wo der nötige Platz vorhanden ist, um mit den Kindern den ganzen Nachmittag etwas Sinnvolles zu machen. Die Motion sieht vor, das Angebot im gleichen Zimmer zu machen, welches für die Kinder genutzt wird, die eine spätere Nachmittagsstunde besuchen. Das ist eigentlich der Spatz, es ist die bescheidenere Nutzung. Das Bedürfnis der Leute ist vorhanden, dieses Angebot an einem oder an zwei Tagen zu nutzen. Sicher soll es nicht so sein, dass ein Kind jeden Nachmittag so im Schulhaus verbringt. Es braucht auch andere Luft. Dies kann ich unterstützen. Ich weiss, wie schwierig und entnervend es sein kann, ein Gesuch um Stundenplanänderung einzugeben. Das ist immer eine zeitlich sehr knappe Angelegenheit. Im Bewusstsein, dass die Motion eigentlich nicht das möchte, was ich als optimal erachte, komme ich zur Überzeugung, dass ich die Motion unterstützen werde. Damit wir ein Angebot haben, bis wir einen Schritt weitergehen oder vom Kanton Vorgaben erhalten oder von der CVP vorgestossen wird. Sonst müssten wir das Schulzimmer leer lassen, obwohl wir Kinder hätten, die durchgehend betreut werden könnten. Das würde mir weh tun und ich verstehe die Motionärin. Sollte sich zeigen, dass sich dort jeden Tag 20 oder 30 Kinder aufhalten, wäre dringendster Handlungsbedarf, das Problem anders zu lösen.

**Rüegg Ammann Marianne:** Ich finde es ist ein Grundsatzentscheid, der heute gefällt werden muss. Ich finde es sehr schön, dass Sie sich Gedanken darüber machen, was nachher passiert. Ich habe die Voten nicht gehört, als es um die Blockzeiten ging. Auch dort werden viele Sachen auf die Kinder zukommen. Kinder sind stärker als man meint. Ich glaube kaum, dass es sehr viele Kinder sein werden, die von Montag bis Freitag bis spät im Schulraum sein werden. Ich finde, der Schulraum ist ein vorgeschobenes Argument. Man muss doch auch mal etwas wagen, Visionen haben. Es sind 4 Jahre. Ich hoffe nicht, dass ein hier gefällter Entscheid für 150 Jahre gelten muss. Seien Sie etwas mutig, um zu etwas JA zu sagen und dies kontinuierlich weiterzuführen. Raum,

das ist ein vorgeschobenes Argument. Der CVP gratuliere ich. Ich weiss nicht, wie die Durchlaufzeit von Postulaten und Motionen ist. Ich hoffe einfach, dass Sie sich wirklich so einsetzen, wie Sie es jetzt gesagt haben. Dann könnte es gut kommen. Das eine hat mit dem anderen gar nichts zu tun. Ich kann sehr vieles, was Herr Meier gesagt hat, unterstützen. Sie können genauso heute diese Motion annehmen und einen Grundsatzentscheid fällen.

**Präsident Brunner Beat:** Die Durchlaufzeit ist sehr schnell, das haben Sie an Ihrer eigenen Motion erfahren.

**Rüegg Ammann Marianne:** Das schon. Aber die Umsetzung danach?

**Elsener Konezciny Esther:** Ich möchte etwas zu den Räumen und Anzahl Kinder sagen. Man hat immer gesagt, die Auslastung ist viel zu klein, wollen wir das überhaupt. Jetzt hat man schon Angst, man wird überrannt mit 30 Kindern am Nachmittag. Wenn man tatsächlich mal in eine Tagesstruktur oder in einen Hort geht, sieht man, dass die Module ganz unterschiedlich genutzt werden, dass die meisten Eltern zwischen 40 und 60 % in der Regel nach Betreuung suchen. Die Kinder nutzen den Mittagstisch, gehen nach draussen zum Spielen, besuchen vielleicht eine Rhythmik-Stunde - es sind nicht immer alle Kinder dort, und schon gar nicht 30 Kinder jeden Tag. Die Kinder werden nicht "gepfercht". Es sind Module, die unterschiedlich gebucht werden können. Es geht darum, dass man jeden Tag ein Angebot hat und die Eltern nach Bedarf wählen können. Lassen wir das Angebot die vorgesehenen 4 Jahre laufen und sammeln Erfahrungen. Haben wir dann Raumprobleme, lösen wir sie. Wir sind dafür da, Probleme zu lösen. Ich bitte Sie wirklich, die Motion zu überweisen. Ist es "nur" ein Raumproblem und wir uns sonst eigentlich einig sind, dass es eine gute Sache ist, sagen wir JA dazu und überweisen wir die Motion.

**Scherer Kleiner Leo:** Liebe Kolleginnen und Kollegen der CVP. Ist die Taktik, die ihr einschlägt "Das Bessere ist der Feind des Guten" oder ist es nicht eher "Das Gute ist der Feind des Besseren"? Für mich ist im Moment die Motion das Bessere, weil sie im Moment wirksam ist. Bei eurem Vorgehen gibt es auf jeden Fall mindestens ein Jahr lang eine Lücke. Dies müsste nicht sein. Mich stört, dass ihr gewisse Formen monopolisiert und sagt, es gibt nur noch diese und die anderen nicht mehr. Weshalb dürfen wir nicht ein Vielfalt im Angebot haben? Wieso muss man gegen Tagesstrukturen, wie sie der Verein im Kontext Tagesschulen anbietet, sein, wenn man für Tageshort oder Tagesfamilien ist? Wieso soll es keine Wahl in der Art des Angebotes geben? Wieso wollt ihr eines ausschliessen? Das verstehe ich wirklich nicht. Ich möchte dringend empfehlen, wenn ihr in diese Richtung gehen wollt und wir gemeinsam in diese Richtung gehen wollen, behalten wir diese Vielfalt von Anfang an bei. Vor allem das, was schon existiert - für ein konstruktives Vorwärtsgen. Das würde aber voraussetzen, dass ihr der vorliegenden Motion zustimmen würdet. Eine andere Spitze muss ich gegen den Gemeinderatstisch machen. Es hätte ja auch die Möglichkeit gegeben zu sagen, wir nehmen den Vorstoss als Postulat mit bestimmten Restriktionen entgegen, wenn man der Meinung wäre, grundsätzlich wolle man in diese Richtung gehen, aber etwas davon sei nicht machbar. Ich habe nichts davon gehört. Wir haben nur die Vorlage des Gemeinderates zum nächsten Traktandum. Ich bin wirklich der Meinung, es ist ein Abbau im Sinne der Mittel, welche man für die Tagesbetreuung einsetzt. Blockzeiten ist Schule und in diesem Sinne nicht Tagesbetreuung. Bei der Tagesbetreuung sparen wir Fr. 30'000.00 bis Fr. 40'000.00 für ein Jahr oder zwei, bis ein anderer Vorschlag kommt. Ich habe Mühe mit dieser Taktik. Insbesondere auch, weil wir schon sehr lange davon wissen. Wir haben den Zeitpunkt der Einführung der Blockzeiten schon um ein Jahr nach hinten geschoben. Weshalb hat die CVP nicht schon vor einem Jahr ihre Vorschläge vorgebracht?

Weshalb konnten wir nicht schon vor einem Jahr die konstruktive Diskussion angehen? Es stört mich. Ich habe das Gefühl, es geht nur darum, etwas zu torpedieren, was eigentlich ein guter Vorschlag wäre.

**Maibach Markus:** Ich glaube, es geht nicht darum, ob man den Spatz in der Hand oder die Taube auf dem Dach hat. Es geht darum, ob wir ein attraktives Angebot haben und ob dieses durch die Bevölkerung genutzt wird. Ich habe mit dem öffentlichen Verkehr zu tun. Dort biete ich auch nicht am Morgen um 9.00 Uhr einen Kurs und am Nachmittag nochmals einen und einen Kurs in der Nacht an, nur weil ich der Meinung bin, dass dann eine Nachfrage vorhanden ist. Seit 20 Jahren macht man im öffentlichen Verkehr einen Halbstundentakt. Ein solides und gutes Angebot. Die Leute nutzen es und das Angebot ist attraktiv. Es kann nicht einleuchten, weshalb ein Flickenteppich attraktiv sein soll im Vergleich zu einem durchgehenden konsequenten Angebot. Thomas Meier hat es gesagt, die CVP möchte einen durchgehenden Mittagstisch. Was er tunlichst verschwiegen hat, ist das, was im Fraktionsbericht steht. Nämlich: "...und die Randstundenbetreuung an Schulnachmittagen bis 17.30 Uhr." Letztendlich ist die Motion nichts anderes als eine konsequente Bündelung des Angebotes, welches ergänzend zu den Blockzeiten Sinn macht und deshalb attraktiv ist. Mir leuchten die Gegenargumente nicht ein, insbesondere das Platzproblem. Wenn die Mitglieder der Arbeitsgruppe nicht einmal einen Augenschein genommen haben bei den Profis. Bei einer vierjährigen Pilotphase kann man nach deren Ablauf optimieren. So ist die Motion angedacht und deshalb macht sie Sinn.

**Suter-Schmid Helen:** Ich glaube, wir sind uns einig, dass die bestinvestierte Zeit der Erwachsenen die Zeit mit den Kindern ist. Deshalb gelingt es in vielen Familien, dass sie sich gegenseitig Hütedienst leisten. Deshalb haben wir auch Tagesfamilien. Glücklicherweise gibt es diese. Aber bei vielen ist es nicht möglich, weil man kein Pendant findet, um gegenseitig zu hüten. Aus eigener Erfahrung weiss ich das. Ich habe einen Entwicklungsprozess durchgemacht. Dass man als Arbeitnehmer in jedem Jahr die Arbeitshalbtage variieren kann, ist selten möglich. Ich weiss nicht, ob dies beim Arbeitgeber Gemeinde Wettingen überhaupt möglich wäre. Deshalb machen wir doch einen zukunftsorientierten Schritt. Wenn die CVP sowieso auch in diese Richtung denkt, wagen wir es doch, jetzt diesen Schritt zu machen. Was die CVP mit ihrem Postulat beabsichtigt, ist sicher eine gute Sache, vielleicht findet man sich im Austausch. Ich möchte Ihnen Mut machen. Machen wir es doch jetzt. Meine Erfahrung in der Politik ist, dass wenn man mehrheitlich zu etwas Nein sagt, und in 2 bis 3 Jahren ist es dann parat und man möchte dann Ja dazu sagen, erfahre ich immer wieder Gegenwind von Personen, die sich durch ein Nein des Einwohnerrates entmutigen lassen und nicht Neues mehr wagen. Wagen wir doch diesen zukunftsorientierten Schritt und wagen wir es, die Motion anzunehmen.

**Reinert Marie-Louise:** Die traditionelle Familie retten, erhalten, pflegen - ist sicher legitim und alle hier wollen dies. Das familienergänzende Betreuungsangebot ist keine Demontage der richtigen Familie. Das Verknüpfen der beiden Anliegen ist irgendwie nicht opportun. Noch zur Schule: ich glaube, dass man in Wettingen die Kinderbetreuung ausserhalb der Familie der Schule angehängt hat, ist auch ein politischer und über Jahre gewachsener Prozess. Deshalb haben wir in den Schulhäusern die ergänzenden Randstunden, welche mit dem Verein zusammen erarbeitet wurden. Deshalb ist das, was nun familienergänzende Kinderbetreuung heisst und in der Schule stattfindet, in den Schulhäusern. Ich habe ein Horrorbild Schule aus den Voten herausgehört. Es hat grosse Räume, Gänge, Schulhausumgebungen, neue Spielplätze, es hat schattige Bäume, Bänkli usw. Ich glaube nicht, dass alle Familien in Wettingen soviel Bewegungsraum haben für ihre Kinder. Es gibt durchaus Familien mit Garten und Bänkli, aber auch engere

Wohnungen. Deshalb denke ich, es ist ein sekundäres Argument. Im Moment zählt, ob wir dieses Angebot annehmen und es möglich machen. Ich habe manchmal von den verfahrenspolitischen Aspekten genug. Die Frauen haben einen Auftrag der Gemeinde übernommen. Nun wird dieser Auftrag geändert. Ich meine, in einem Betrieb würde der Ausführende in die Erarbeitung der Änderung seines Bereiches miteinbezogen. Das Betreuungsangebot ist ein Erziehungs-, ein Integrationsbeitrag sowie ein Marketingbeitrag für Wettingen. Ich habe mir überlegt, weshalb dieser Antrag der Finanzkommission und nicht der Geschäftsprüfungskommission vorgelegt wurde. Das wäre doch ein Ort, wo man auf die inhaltlichen Sachen schaut. Etwas Letztes: es heisst, es gibt keine Mehrheit, deshalb sind wir dagegen. Das ist etwas komisch. Wir präjudizieren etwas mit unserer Entscheidung. Machen wir doch diese Mehrheit.

**Czerwenka Holger:** Ich möchte prägnant darauf hinweisen, was Christian Wassmer zum Eintreten gesagt hat: "Man kann es machen, wenn man will." Christian Wassmer hat dies sehr schön und prägnant hervorgehoben. Ich möchte auch sagen: "Man kann es machen, wenn man will."

**Scherer Kleiner Leo:** Geschätzte Kolleginnen und Kollegen der CVP, brauchen Sie ein Time Out? Um eventuell die Haltung vor der Abstimmung zu revidieren? Sie haben unsere Argumente gehört und wir möchten alle zusammen gerne zu Lösungen kommen, die eure und unsere Anliegen beinhalten, Lösungen, die für die Kinder das Optimum, das Beste sind. Brauchen Sie ein Time Out?

**Vizeammann Studer Heiner:** Es gibt 2 Punkte zu beantworten. Zu Leo Scherer's Frage, weshalb wir den Vorstoss nicht als Postulat entgegen nehmen. Leo Scherer als Jurist muss wissen, dass dieser Vorstoss nur als Motion entgegen genommen werden kann. Wir müssen heute wissen, setzt man dies auf das neue Schuljahr um oder nicht. Hätten wir ein Postulat beantragt um die Prüfung vorzunehmen, käme auf den nächsten Sommer keine Umsetzung. Wir wollen, dass der Einwohnerrat heute Abend Ja oder Nein zur Motion sagt, ob er die Umsetzung der Vorstellungen der Motionärin auf den nächsten Sommer wünscht oder nicht. Deshalb ist es eben nicht so wie die Motionärin sagt, dass man mit dieser Formulierung einen Grundsatzentscheid zur weitergehenden Betreuung fällt. Es ist ein ganz bestimmtes Modell auf den nächsten Sommer. Deshalb ist es sinnvoller, wenn man die Variante nimmt, die Anpassung vorzunehmen, welche mit den Rahmenbedingungen des nächsten Traktandums möglich sind. Dann können alle Postulate und Ideen gebüschelt werden. Ich bin überzeugt, dass wir wieder in 2 Jahren einen breit abgestützten Vorschlag zur Weiterentwicklung haben werden, analog dem Prozess bei den Blockzeiten. Jetzt sehe ich das Risiko, dass die beiden Vorschläge gegeneinander ausgespielt werden. Die Idee hinter unserem Vorschlag ist die Weiterführung, sinnvoll ergänzt auf das nächste Schuljahr. Die anderen Fragen werden behandelt. Zur Frage betreffend Finanzkommission: Die jetzt gültige Struktur wurde im 2006 durch den Einwohnerrat behandelt. Damals wurde es der Finanzkommission zugeteilt. Der Gemeinderat war der Meinung, dass es sinnvoll ist, wenn die Thematik auch bei einer Weiterentwicklung durch die gleiche Kommission behandelt wird. Es hat aus meiner Sicht durchaus Sinn gemacht, diese Fragen in der Finanzkommission zu diskutieren, weil nicht nur Finanzpolitisches diskutiert wurde, sondern auch die Zusammenhänge.

**Koller Paul:** Ich bin der Meinung, dass wir jetzt über die Motion sprechen. Die Motion war nie in der Finanzkommission. Es gibt auch keinen Grund dazu. Das Papier kam zu uns als Einwohnerräte, wie zu allen anderen auch.

**Scherer Kleiner Leo:** Ich bin der Meinung, dass es beispielsweise die Möglichkeit gegeben hätte zu sagen, dass die Formulierung "allen Schulkindern" nicht geht, weil

man nur Platz für 15 oder 20 Kinder hat. Deshalb wäre es möglich gewesen, den Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen und sich bereit zu erklären, das Angebot einzuführen, allerdings mit einer Numerus Clausus. Ich habe nichts in dieser Art gehört. Dies hätte ich mir gewünscht. Insofern ist es tatsächlich so, dass wir über einen Grundsatz abstimmen und sagen, wollen wir eine gute, verlässliche und umfassende ausserfamiliäre Kinderbetreuung oder eine löchrige?

### **Abstimmung**

Der Einwohnerrat fasst mit 19 : 29 Stimmen folgenden Beschluss:

Die Motion Rüegg Ammann Marianne vom 26. September 2011 betreffend Neuorganisation der Tagesstrukturen auf das Schuljahr 2012/2013: "Durchgehende Tagesstrukturen machen Sinn" wird abgelehnt.

**Scherer Kleiner Leo:** Ich bin sehr enttäuscht von diesem Abstimmungsergebnis. Ich möchte darüber informieren, dass diverse Kräfte in Wettingen, sei es vom Verein Tagesstrukturen, sei es vom Chinderschlössli, sei es aus den politischen Parteien, schon zusammengesessen sind. Wir sind daran, eine Volksinitiative auszuschaftern, die unsere Anliegen artikuliert sowie zwei oder drei Punkte zusätzlich enthalten wird. Ich möchte Sie darauf hinweisen, dass wir das Volk befragen möchten, welche Art von Tagesbetreuung es in der Gemeinde Wettingen möchte.

### **7. Änderung des Konzeptes zur familienergänzenden Kinderbetreuung an den Wettinger Schulen Änderung Konzept zur familienergänzenden Kinderbetreuung an den Wettinger Schulen**

**Wassmer Christian, Vertreter der Finanzkommission:** Aufgrund der Einführung der Blockzeiten macht das heutige Angebot von Tagesstrukturen keinen Sinn mehr. Die erste Stunde am Morgen früh, die letzte Stunde vor und die erste Stunde nach dem Mittag sind die Kinder in der Schule und müssen nicht zusätzlich betreut werden. Dies stellt eine wesentliche qualitative Verbesserung im Vergleich zu den heutigen einzeln betreuten Randstunden dar. Diese werden heute mittels Leistungsvereinbarung mit dem Verein Tagesstrukturen abgedeckt. Diese Leistungsvereinbarung soll also angepasst werden. Aus Sicht der Finanzkommission soll die Leistung öffentlich ausgeschrieben werden. Es verbleibt von den bisherigen Leistungen der Mittagstisch an 4 Tagen. Dieser soll auf den 5. Tag, den Mittwoch, ausgedehnt werden. Dies war bereits in der Vernehmlassung bei allen Parteien unbestritten. Die Betreuungsstunde nach Schulschluss hingegen war umstritten. Der Vorschlag der Arbeitsgruppe sieht vor, eine Betreuung nach Pausenende am Nachmittag bis 17.30 Uhr anzubieten. Pausenende deshalb und keine konkrete Zeit, weil noch unklar ist, wie die kantonale Stundentafel künftig aussehen soll. Es ist geplant, dass die Lektionendauer am Nachmittag von 50 auf 45 Minuten reduziert wird. Heute haben wir eine Nachmittagsbetreuungsmöglichkeit bis 16.30 Uhr. Es ist also eine Ausdehnung bis 17.30 Uhr. D.h. von einer Lektion auf zwei bis drei Lektionen, je nachdem wie gross die Lektionen sein werden. Die Gemeinde ist aufgefordert, ein bedarfsgerechtes Angebot anzubieten. Deshalb ein Wort zum Bedarf: das heutige Angebot der Randstundenbetreuung wird mit Ausnahme des Mittagstisches sehr schlecht genutzt. Durchschnittlich sind 19 Kinder pro Standort am Mittagstisch. Dies ist eine tolle Nutzung und zeigt einen klaren Bedarf. Die höchste Belegung wird in der Morgenstunde erreicht mit 2.4 Kindern pro Standort. Die Abendstunde erreicht heute 2.0 Kinder. Dies sind Zahlen aus dem aktuellen letzten Betriebsjahr. Der Mittagstisch sowie die Randstundenbetreuung werden nach dem bewährten einkommensabhängigen Elternbeitragsreglement angeboten. Dies soll allen ermöglichen, das Angebot zu nutzen, unabhängig vom Einkommen und egal, ob man



arbeiten will oder muss. Der Gemeinderat hat eine Anpassung der Verordnung zum Elternbeitragsreglement beschlossen. Er erhöht den Abschöpfungsgrad von 1.07 auf 1.13 Promille. Dies heisst konkret, dass Eltern mit einem hohen steuerbaren Einkommen beteiligen sich etwas früher am Vollkostentarif. In der zur Diskussion stehenden Vorlage geht es um Blockzeiten und die dadurch anzupassende Randstundenbetreuung, also eine Schulvorlage. Deswegen ist auch eine Betreuung wie heute schon in Ergänzung zur Schule am Nachmittag vorgesehen. Die Finanzkommission steht grossmehrheitlich hinter der Vorlage und empfiehlt dem Einwohnerrat, die Vorlage mit Mittagstisch an allen Wochentagen und Randstundenbetreuung am Nachmittag zwischen Pausenende und 17.30 Uhr mit 5:2 bei 7 Anwesenden zur Annahme.

**Bürgi Patrick:** Entgegen unserer früheren Fraktionsmeinung schliesst sich heute eine grosse Mehrheit der Fraktion den Überlegungen der Arbeitsgruppe Tagesstrukturen an und unterstützt eine Verlängerung der Randstundenbetreuung nach Schulschluss. Grosse Diskussionen hat es insbesondere gegeben, weil wir überzeugt sind, dass unsere Ideen aus den Postulaten, die Thomas Meier vorgestellt hat, gut und zukunftsgerichtet sind. Einige haben sich deshalb die Frage gestellt, ob die Übergangslösung mit einem Ausbau bis 17.30 Uhr sinnvoll ist. Die eine oder andere ablehnende Stimme aus unseren Reihen wird es deshalb geben. Wichtig ist uns, dass, wenn unsere Ideen umgesetzt werden sollten, die heutige Randstundenbetreuung nicht mehr nötig ist. Es soll dann nicht als Abbau verstanden werden, sondern als neues System, als neue Chance für unsere Kinder und Familien. Diese stehen bei uns im Zentrum. Allen Mitgliedern der Fraktion ist es ein Anliegen, dass unabhängig von der heutigen Diskussion, die durchgehende Einführung des Mittagstisches gewährleistet ist. Aus diesem Grund frage ich den Präsidenten des Einwohnerrates an, ob er gedenkt, die Abstimmung am Schluss in zwei Teile zu unterteilen. Falls ja, ist dies für uns in Ordnung. Falls nein, stelle ich den Antrag, dass die Abstimmung in zwei Teilen erfolgt. Wir sind klar der Auffassung, und so ist es auch den Fraktionsberichten zu entnehmen, dass der Mittagstisch von allen unterstützt wird. Wir wollen nicht gefährden, dass der fünfte Mittagstisch am Mittwoch nicht durchgeführt werden könnte, wenn die ganze Vorlage abgelehnt würde. Zu guter Letzt noch eine Anmerkung: sollte die zur Debatte stehende Abänderung der Randstundenbetreuung heute durchkommen, wird der Gemeinderat eine Anpassung der Leistungsvereinbarung mit dem Verein Tagesstrukturen verhandeln müssen. Auch die CVP ist wie die Finanzkommission der Meinung, dass die neue Leistungsvereinbarung öffentlich ausgeschrieben werden soll. Abschliessend dankt die CVP-Fraktion allen Mitgliedern der Arbeitsgruppe Tagesstrukturen für die umfassenden Abklärungen und die grosse Arbeit.

**Präsident Brunner Beat:** Die Abstimmung erfolgt zweiteilig.

**Berli-Widmer Claudia:** Die Fraktion FDP unterstützt grossmehrheitlich den Antrag des Gemeinderates. Schulkinder, die auch am Nachmittag den Schulunterricht besuchen, sind durch die zusätzlichen Betreuungsstunden am Nachmittag in geregelten Strukturen. Wie bereits mehrmals erwähnt wurde, ist die Fraktion weiterhin der Meinung, dass Kinder, die am Nachmittag schulfrei haben, die freie Zeit nicht auch noch in Räumlichkeiten der Schule verbringen sollten, sondern in einer neutralen Umgebung. Wer von uns Erwachsenen verbringt schon gerne seine Freizeit am Arbeitsplatz? Die Fraktion FDP würde eine ausserschulische Lösung begrüßen, damit wir den sonst schon knappen Schulraum ausschliesslich für den Schulunterricht nutzen können. Die Fraktion FDP ist der Ansicht, dass die ausserschulische Betreuung nicht zwingend Aufgabe der Schule ist. Für zusätzliche Betreuungsstunden ist die Fraktion nicht abgeneigt, doch sollte für dieses Angebot andere Räumlichkeiten in der

Gemeinde zur Verfügung gestellt werden.

**Briner Daniela:** Die Fraktion SVP stimmt dem Antrag des Gemeinderates einstimmig zu. Auch wenn wir gewisse Bedenken bezüglich der Nachmittagsbetreuungsstunden haben, weil die Kinder nach Schulschluss weitere 2 Stunden in der Schule bleiben müssen, können wir dieser Lösung im Sinne eines Kompromisses zustimmen. Wie ich bereits vorher erwähnt haben, ist es auf diese Art und Weise möglich, dass Erwerbstätige 70 bis 80 % arbeiten können, weil die Kinder doch immerhin an zwei Tagen von 8.00 Uhr bis 17.30 Uhr in der Schule sein können und an den anderen 3 Tagen von 8.00 Uhr bis 13.30 Uhr.

**Reinert Marie-Louise:** Habe ich das richtig verstanden? Es gibt Personen in diesem Rat, die es als Zumutung für die Kinder empfinden, nach der Schule noch bis 17.30 Uhr in der Schule zu sein? Zu Hause oder irgendwo? Früher sagte man Herumlungern. Die schönen Einkaufszentren sind paradiesisch. Auch schon für Erst- und Zweitklässler. Herumlungern - dies haben die Eltern tunlichst zu vermeiden versucht. Sie schauten für bessere Alternativen. An den geordneten Verhältnissen haben auch die Gutverdienenden in Wettingen ein Interesse. Mangelhafte Sozialisation oder sich irgendwo aufhalten bringt nicht nur den Biografien der jungen Menschen Nachteile. Auch wir Bürger bekommen unseren Teil davon ab: Gerichtskosten, Sozialfälle, Suchtverhalten, Einbrüche usw. Hier können wir nicht mehr abstimmen. Aber es kostet auch.

**Vizeammann Studer Heiner:** Ich möchte nur darauf hinweisen, dass es sehr wichtig ist, dass diese Vorlage eine Mehrheit bekommt. Bekommt sie sie nicht, gäbe es keine Alternative. Dann hätte der Einwohnerrats-Beschluss aus dem Jahr 2006 weiterhin Gültigkeit. Dieser gäbe nur die Möglichkeit, bei den vier Mittagstischen zu bleiben (der fünfte ist noch nicht enthalten) sowie eine Nachmittagsbetreuung bis 16.30 Uhr. Es macht aber keinen Sinn, nur je eine Stunde anzubieten. Deshalb besteht das Konzept der Arbeitsgruppe aus dem Ganzen. Ich möchte Sie bitten, Ja zu sagen und damit zu helfen, den fünften Mittagstisch und zweimal wöchentlich eine Betreuung bis 17.30 Uhr zu ermöglichen.

### **Abstimmung**

Der Einwohnerrat fasst folgende Beschlüsse:

Das Konzept zur familienergänzenden Kinderbetreuung an den Wettinger Schulen wird wie folgt geändert:

Neben den umfassenden Blockzeiten werden ab Schuljahr 2012/13 angeboten:

1. Mittagstisch: Montag bis Freitag 12.00 – 13.30 Uhr (einstimmige Zustimmung)
2. Nachmittagsbetreuung: Nach dem Nachmittags-Pausenende bis 17.30 Uhr (mit 33 : 14 Stimmen, bei 1 Enthaltung)

## **8. Planung eines Gemeindebüros im Rathaus**

**Koller Paul, Präsident der Finanzkommission:** Grundsätzlich verweise ich auf den Antrag des Gemeinderates vom 7. Juli 2011 „Planung eines Gemeindebüros im Rathaus“. An der Einwohnerratssitzung vom 1. März 2007 ist das Postulat von Werner Hartmann betreffend Planung eines Gemeinde- oder Stadtbüros im Rathaus eingereicht worden. Der Einwohnerrat hat das Postulat mit Beschluss vom 3. Mai 2007 überwiesen.

Der Vorstoss lautete in seiner Grundforderung wie folgt:

„Der Gemeinderat wird aufgefordert, erste Überlegungen zur Einrichtung eines „Gemeindebüros“ im Erdgeschoss des Rathauses analog zum Stadtbüro in der Stadtverwaltung Baden anzustellen und dem Einwohnerrat verschiedene mögliche Szenarien vorzulegen.

Seit Juni 2007 befasst sich eine bis 8-köpfige Arbeitsgruppe bestehend aus beteiligten Ressortleitern mit der Ausarbeitung der Planungsgrundlagen eines Gemeindebüros im Rathaus.

In diesen Jahren haben sich die Rahmenbedingungen für die Platzierung eines möglichen Gemeindebüros grundlegend geändert. Spielte am Anfang noch die Möglichkeit einer Erweiterung des Rathauses eine Rolle, kam mit der Planung und dem Bau des EW-Gebäudes Fohrhölzli und dem damit verbundenen Umzug der Polizei vom Rathaus ins „EW-Gebäude Zentrumsplatz“ neue Perspektiven für das geforderte Gemeindebüro ins Spiel.

Mit dem Freiwerden eines grossen Teils der Räumlichkeiten der Sicherheitsabteilung drängt sich der Umbau Erdgeschoss Rathaus auf. Der Eingangsbereich soll vom „Schalterambiente“ zu einem einladenden Empfangsbereich mit Zusatzaufgaben (ab 2014 werden die Aufgaben der Geschäftsstelle Verkehrsverein Wettingen durch die Gemeinde Wettingen übernommen. Es ist vorgesehen, diese zusätzlichen Aufgaben in den Bereich Gemeindebüro aufzunehmen) umgestaltet werden.

Ein Stadtbüro, wie es durch die Stadt Baden oder der Stadt Aarau geführt wird, kommt für die Arbeitsgruppe „Gemeindebüro Wettingen“ nicht in Frage. Die Verwaltung der Gemeinde Wettingen weist eine andere organisatorische Grundausrichtung auf. In Wettingen sind die Wege kurz und unbürokratisch. Der Kunde findet seinen kompetenten Ansprechpartner direkt in der Abteilung. Ein Auseinanderreißen der Organisationseinheiten ist nicht erwünscht.

Der Schalterempfang, der heute in einer „Zelle“ von wenigen Quadratmetern mit einem Arbeitspensum von total 95% bewerkstelligt wird, ist nicht mehr zeitgemäss. Die Information „komme gleich wieder“ muss der Vergangenheit zugeordnet werden.

Die Prüfung der vorliegenden Unterlagen führte in der Fiko zu kontroversen Diskussionen.

- Es war unbestritten, dass der heutige Arbeitsplatz Telefon/Empfang in keiner Art und Weise einem heutigen Arbeitsplatzstandard entspricht.
- Eine kundengerechte Besetzung des Empfangs bedingt eine Stellenaufstockung.
- Die Zusatzaufgaben Verkäufe, touristische Dienstleistungen, Bewilligungen öffentliche Plätze, Ticketverkäufe, Organisation Anlässe, Organisation von Führungen und Bedienung Monitore Eingangsbereich mit einem geschätzten zusätzlichen Arbeitspensum von 150% sind im Gemeindebüro am richtigen Ort eingegliedert. Die geplante Stellenaufstockung in dieser Masse, stellt die Fiko in Frage.
- Der Finanzkommission fehlt in der gemeinderätlichen Vorlage der Miteinbezug der wohl publikumsintensivsten Abteilung, der Einwohnerkontrolle.

Die Umgestaltung des Eingangsbereiches muss mehr als einen offenen kundenbezogenen Empfang zum Ergebnis haben und die Fiko ist der Meinung, dass die Verlagerung von Dienstleistungsangeboten nicht unweigerlich zu Stellenaufstockungen führen muss.

## Antrag

Die Finanzkommission stellt folgenden Antrag:

1. Der Gemeinderat wird ermächtigt, für die Umsetzung des Gemeindebüros die notwendigen Schritte einzuleiten. Dabei ist speziell die Integration der Einwohnerkontrolle zu prüfen.
2. Die Finanzkommission geht davon aus, dass für die Umsetzung des neuen Gemeindebüros eine moderate Anpassung des Stellenplanes nötig ist.

Abstimmungsverhältnis: 7:0 bei 7 Anwesenden

**Egloff Martin:** Die FDP-Fraktion begrüsst den Antrag des Gemeinderates zur Einrichtung eines Gemeindebüros im Rathaus. Erstaunt haben wir von der vorgesehenen Aufstockung des Stellenplanes um 205 % Kenntnis genommen. Weil die Abteilung Sicherheit, die Kantonsschule, die Leiterin Standortförderung und der Gemeindeschreiber durch die Schaffung des Gemeindebüros entlastet werden sollen, müssten in der Berechnung diese Prozente wieder abgezogen werden. Unsere Fraktion unterstützt den Antrag der Finanzkommission, dass der Stellenplan moderat erhöht werden soll. Unter moderat verstehen wir eine Erhöhung in der Grössenordnung von ca. 55 %. Mit einer transparenten Auflistung der Mehr- und Minderbelastungen von allen Abteilungen dürfte dieser Richtwert realistisch sein.

**Hartmann Werner:** Ich möchte als Postulant auch Stellung beziehen. Ich unterstütze den Antrag der Finanzkommission. Ich selber habe mit meinem Postulat noch etwas mehr erwartet. Wenn man das Postulat liest, merkt man, dass ich mir etwas wie das Stadtbüro in Baden oder andern Orts vorgestellt habe. Ich habe auch geschrieben, dass eine grundlegende Änderung der Verwaltungsorganisation ins Auge zu fassen ist. Ich habe erwartet, dass man einen Schritt weiter geht und nicht einfach etwas selbstgefällig sagt, bei uns ist alles unbürokratisch und bestens etc. Wir haben auch die Studie der Querschnittsfunktionen innerhalb der Gemeinde Wettingen. Ich denke, es gäbe durchaus aus unternehmerischer Sicht die Abläufe und die Organisationsstrukturen in der Verwaltung zu optimieren und zu verbessern. D. h. nicht, dass die Angestellten keine gute Arbeit machen. Aber man könnte sich auch ein wenig bewegen. Ich erhoffe mir als Postulant schon, dass zumindest die Einwohnerkontrolle einbezogen wird. Es war nie die Idee meines Postulates, dass man quasi das "Empfangshäuschen" ändert, sondern einen Schritt weiter in Richtung serviceorientiert geht. Ich bin erstaunt, dass die Arbeitsgruppe offenbar nicht in Baden oder Aarau einen Augenschein genommen hat. Ich würde es gerne sehen, wenn es etwas weiterginge und wenigstens die Einwohnerkontrolle mit einbezogen würde. Ich bitte Sie, den Antrag der Finanzkommission zu unterstützen.

**Reinert Marie-Louise:** Ich möchte ein Anliegen einer Bürgerin einbringen, die als Kundin im Rathaus oft anwesend ist. Die Bürgernähe und die Bürgerfreundlichkeit wird nicht nur an einem gefälligen Raum und den längeren Öffnungszeiten gemessen. Berufsleute aus verschiedenen Bereichen haben Fragen an die Verwaltungsstellen. Diese können nicht von einer Person am Empfang beantwortet werden. Es braucht dazu die sachbearbeitende Person der entsprechenden Abteilung. Diese Fachleute im Rathaus sind manchmal stark eingeschränkt erreichbar. Konkret: ein Bürger ruft an, er wird abgewiesen, er versucht mehrmals und kommt nicht ans Ziel. Dies generiert Kosten für die Kunden und Ärger gegenüber dem Staat. Beides ist nicht gut. Der Schluss daraus: die gute Erreichbarkeit der verschiedenen Verwaltungsstellen, wurde gesagt, sei sowieso schon da. Grosse Arbeitspensen und viel Teilzeitarbeit spielen hier wohl eine Rolle, dass man es nicht immer so wahrnimmt. Im Zusammenhang mit dieser Planung des Schaufensters der Verwaltung lässt sich

vielleicht auch der Zugang zu den Fachleuten der Verwaltung verbessern. Ich denke, es wäre lohnend, die Pensenverteilung auf diesen Aspekt hin zu betrachten und zu optimieren. Ganz Deutsch gesagt: Vielleicht braucht es in einer anderen Abteilung etwas mehr Stellenprozente und im Stadtbüro etwas weniger.

**Baumann Jürg:** Die SVP-Fraktion begrüsst die Einrichtung eines Gemeindebüros, sind aber auch überrascht, dass gleichzeitig eine 205 %ige Stellenerhöhung beantragt wird. Der Postulant, Werner Hartmann, möchte eine Verbesserung des Service public erreichen und dass die Aufgaben einfacher gelöst werden können. Den Antrag der Finanzkommission für eine moderate Stellenerhöhung und Einbindung der Einwohnerkontrolle unterstützen wir. Gesamthaft würden wir ca. 150 Stellenprozente sehen. Wie die FDP könnten wir ca. 55 Stellenprozente zusätzlich bewilligen. Alles was mehr wäre, würde bei uns auf Ablehnung stossen.

**Gemeindeammann Dr. Dieth Markus:** Ich bedanke mich für Ihre Voten. Verschiedene Sprecher haben sich zu den Stellenprozenten geäußert, andere haben gesagt, was noch gemacht werden soll. Es wird sich in der Weiterbearbeitung, welche unbestritten ist, zeigen, was möglich ist mit dem räumlichen Einbezug der Einwohnerkontrolle und letztlich dem Angebot. Ich möchte auf zwei oder drei Voten eingehen. Die Abläufe verbessern: Bei uns kann jeder einzelne Mitarbeitende direkt erreicht werden über die direkte Telefonnummer und e-Mailadresse. Dies ist ein grosser Vorteil. Ein weitere Vorteil ist, dass Sie direkt an die richtige Person gelangen. Dies trägt zur Bürgernähe und Kundenfreundlichkeit bei. Wir sind nicht an die Öffnungszeiten gebunden. Man kann auch ausserhalb der offiziellen Öffnungszeiten Termine vereinbart werden. Dies wird von den Bürgerinnen und Bürgern sehr geschätzt. Wir erhalten andere Feedbacks, als im Rat dargestellt wurde. Auf jeder Abteilung hat es einen Empfang. Dies ist nicht nur ein Glashäuschen. Es sitzen Personen dort mit Fachkompetenz. Dem Bürger widerstrebt der Spiessrutenlauf, bis er an der richtigen Stelle ist. Bei uns ist der Kontakt direkt. Der Bürger erhält auch weiterführende Informationen, wenn dies gewünscht wird, und muss diese nicht an einer zentralen Stelle erfragen, die vielleicht doch nicht die gesamte Auskunft erteilen kann. Wir erreichen damit Effizienz. Verschiedene Stellen zeigen, dass wir sehr schnell sind, weil wir Personen zielführend mit den Fragen an den richtigen Ort führen können, beispielsweise im Baubewilligungsverfahren. Ansonsten würden wieder diverse Stellen, z.B. Baukommission, Gemeinderat, in den Ablauf einbezogen. Die Personen würden dann zurecht sagen, dass man es ihnen am Anfang schon hätte sagen müssen. Diesen Formalismus und diese Bürokratie will man mit pragmatischem und direktem Weg vermeiden. Wir haben diese Abläufe intensiv geprüft. Es sind nicht 4 Jahre vergangen, weil wir die Bearbeitung verpasst haben, sondern wir haben uns viele Gedanken gemacht. Mit den Raumproblemen hätten wir vor 4 Jahren räumliche Massnahmen treffen müssen, die viel Geld gekostet hätten. Hier haben wir weiter vorausgeschaut und die Zeit in Kauf genommen, um mit dem Fohrhölzli und den in der Zwischenzeit getroffenen Massnahmen sowie Umlagerung von Abteilungen in das EW-Gebäude, Kosten zu sparen. Dass wir im Eingangsbereich etwas unternehmen müssen, ist überall richtigerweise erkannt worden. Wir sind der Auffassung, dass die Einwohnerkontrolle einen sehr sensiblen Bereich darstellt. Hier gibt es Dienstleistungen, die länger dauern und nicht mit Dienstleistungen wie einfachen Auskünften oder Formularabgaben zeitlich kompatibel sind. Wenn Sie Dietikon vor Augen haben, habe Sie auch dort einen Empfang und verschiedene Stationen, wo Sie hinmüssen. Es ist wichtig, dass wir eine gute räumliche Anordnung finden können. Wir werden den personellen und organisatorischen Einbezug der Einwohnerkontrolle überprüfen. Wir erhoffen uns, dass wir so mit einer moderaten Stellenpensenerhöhung weiter arbeiten können. Ich kann Ihnen heute nicht versprechen, dass dies 50 % sein werden. Das ist abhängig davon, welche Leistung Sie wünschen. Das wird sich anhand

des konkreten Projektes zeigen. Vier zusätzliche Personen, die Auskünfte erteilen, ist etwas anderes als nur das Telefon abzunehmen und Hundemarken zu verkaufen. Ich danke Ihnen, dass wir an diesem Projekt weiterarbeiten dürfen. Ich denke, Sie haben begriffen, wieso wir dieses Geschäft vorgelegt haben. Wir mussten von Ihnen hören, dass Sie bereit sind, etwas zu investieren und bereit sind, gewisse personelle Konsequenzen zu tragen, bevor wir die teure Ausarbeitung eines baulichen Projektes starten, was Offerten und Studien benötigt. Wir wissen nun, dass Sie nicht am Glashäuschen im Empfang festhalten wollen. Wir haben das Ziel, Ihnen im Juni die Vorlage zu präsentieren und Ihnen konkret zu den Stellenpensen eine Aussage zu machen. Dies würde dann mit dem Antrag für die Stellenerhöhung im Rahmen der Behandlung des Stellenplanes einhergehen. Ziel wäre, im 2013 umzubauen und auf 1. Januar 2014 den Betrieb aufzunehmen. Auch hier haben wir Überlegungen angestellt. Sie wissen, dass die Polizei nach unserem Fahrplan auf 1. Januar 2014 ins EW-Gebäude umzieht. Wir versuchen, dies alles parallel aufzugleisen, damit alles gleichzeitig bereit ist. Wir nehmen dies gerne so entgegen und bekämpfen den Finanzkommissionsantrag nicht. Wir haben nichts dagegen, wenn Sie diesem zustimmen.

**Präsident Beat Brunner:** In diesem Falle verzichten wir auf eine Gegenüberstellung der Anträge und stimmen direkt über den Finanzkommissionantrag ab.

### **Abstimmung**

Der Einwohnerrat fasst folgende Beschlüsse:

1. Der Gemeinderat wird ermächtigt für die Umsetzung des Gemeindebüros die notwendigen Schritte einzuleiten. Dabei ist speziell die Integration der Einwohnerkontrolle zu prüfen. (einstimmige Zustimmung)
2. Es wird zur Kenntnis genommen, dass für die Umsetzung des neuen Gemeindebüros eine moderate Erhöhung des Stellenplanes nötig ist. (mit 47 : 0 Stimmen, bei 1 Enthaltung)

## **9. Kreditabrechnung von Fr. 69'327.05 für den Studienauftrag Erweiterung Schulanlage Altenburg**

**Baumann Jürg, Vertreter der Finanzkommission:** Der Einwohnerrat bewilligte am 7. März 2002 einen Kredit für die Vergabe eines Studienauftrages „Erweiterung Schulanlage Altenburg“. Das Kreditbegehren lautete damals auf Fr. 50'000.00. Die Fiko setzte damals ein Fragezeichen hinter das Auswahlverfahren von 4 Architekten, welche durch die Gemeinde bestimmt worden wären. Nach längerer Diskussion im EWR wurde beschlossen vom Auswahlverfahren zum öffentlichen Verfahren zu wechseln, und zugleich eine Präqualifikation durchzuführen. Richard Ganz stellte damals den Antrag das Kreditbegehren um Fr. 20'000.00 zu erhöhen, damit die Kosten für die Präqualifikation gedeckt sind. Der Einwohnerrat stimmte diesem Antrag zu. So kam der Kreditantrag von Fr. 70'000.00 zu Stande.

Aus der vorliegenden Kreditabrechnung ist ersichtlich, dass 5 Architekturbüros an der öffentlichen Ausschreibung und nicht wie budgetiert 4 Architekturbüros am Studienauftrag teilnahmen. Durch die Teilnahme von 5 Architekturbüros entstanden Mehrkosten bei der Teilnehmerentschädigung und bei den Kosten für Modelle.

Die Mehrkosten konnten durch den nicht Gebrauch des Kontos „Weiterbehandlung“ aufgefangen werden.

Die Finanzkommission empfiehlt dem Einwohnerrat einstimmig (bei 7 Anwesenden) die Kreditabrechnung für den Studienauftrag „Erweiterung Schulhaus Altenburg“ von Fr. 69'327.05 bei einer Unterschreitung von Fr. 672.95 zu genehmigen.

### **Abstimmung**

Der Einwohnerrat fasst einstimmig folgenden Beschluss

Die Kreditabrechnung von Fr. 69'327.05 für den Studienauftrag Erweiterung Schulanlage Altenburg wird genehmigt.

## **10. Kreditabrechnung von Fr. 389'523.70 für Projektierung der Erweiterung und Sanierung der Schulanlage Altenburg**

**Baumann Jürg, Vertreter der Finanzkommission:** Am 11. März 2004 bewilligte der Einwohnerrat einen Kredit von Fr. 390'000.00 für die Projektierung des Schulhauses Altenburg. Gewinner des Studienauftrages war damals das Projekt „HannaH“. Dem Kredit wurde dazumal einstimmig zugestimmt und es wurde aber zusätzliche Anträge, wie Überprüfung Unterkellerung, alternative Energielösung, Materialökologie und Baubiologie beschlossen, welche mit dem Projektierungskredit überprüft werden mussten.

Die Kreditabweichungen in den einzelnen Positionen sind auf den Architekturwechsel und einmaliger Entschädigung von Fr. 30'000.00 für das Siegerbüro. Mit dem Architekturwechsel einher, stiegen auch die Kosten für die Sitzungsgelder und Nebenkosten (Juristen). Es entstanden dadurch Mehrkosten von gesamt ca. Fr. 45'000.00. Dem gegenüber stehen Einsparungen beim Bau- und Elektroingenieur, was schlussendlich zu einer Punktladung der Abrechnung führte.

Die Fiko empfiehlt dem Einwohnerrat einstimmig (bei 7 Anwesenden) die Kreditabrechnung für die Projektierung der Erweiterung und Sanierung der Schulanlage Altenburg“ von Fr. 389'523.70 bei einer Unterschreitung von Fr. 476.30 zu genehmigen.

### **Abstimmung**

Der Einwohnerrat fasst einstimmig folgenden Beschluss

Die Kreditabrechnung von Fr. 389'523.70 für den Studienauftrag Erweiterung Schulanlage Altenburg wird genehmigt.

*Markus Maibach verlässt die Sitzung um 21.45 Uhr*

## **11. Kreditabrechnung von Fr. 11'513'943.80 für den Bau der Schulhauserweiterung Altenburg und die Sanierung der bestehenden Schulanlage**

**Baumann Jürg, Vertreter der Finanzkommission:** Am 7. Dezember 2006 bewilligte der EWR einen Kredit von 12,590 Mio. Franken und am 11. März 2007 stimmte das Volk dem Begehren zu.

Mit dem Projektierungskredit vom März 2004 verknüpfte der EWR die Bedingung, dass die Kosten nicht mehr als 10 Mio betragen sollten. In der Kreditvorlage beliefen sich die Kosten auf 12,2 Mio, die Abweichung wurde damals mit folgenden Argumenten begründet.

- Unterkellerung des Neubaus
- Teuerung seit 2004
- Mobiliaranschaffung für Altbau
- Gas/Wärmepumpenheizung
- 

Nach kurzer Diskussion wurde beschlossen, dass an Stelle eine Gas/Wärmepumpenheizung eine Holzschnitzelheizung installiert werden sollte, was zu Mehrkosten von Fr. 390'000.00 führte. Dementsprechend wurde der Kreditantrag um Fr. 390'000.00 auf neu 12,59 Mio. Franken beantragt und ihm wurde zugestimmt.

Am 28. Juni 2007 wurde dem Kreditbegehren für die Sanierung und Neugestaltung der Schulanlagen zugestimmt. Auf Grund dieser Kreditvorlage wurde der bewilligte Schulhauskredit um Fr. 661'000.00 gekürzt, damit innerhalb der beiden Kredite (Neubau und Umgebung) keine Vermischung statt finden konnte.

Auf die Abweichungen innerhalb der einzelnen BKP Nummer verweise ich auf die Ausführungen des Gemeinderates, möchte aber trotzdem zu einzelnen Punkten entsprechende Erläuterungen abgeben. Im BKP 2 Neubauten ist ersichtlich, dass bei der Ausarbeitung des Kostenvoranschlages sehr gut gerechnet wurde und die effektiven Kosten mit einer Unterschreitung von 1,236 Mio. Franken zu Buche schlagen. In Folge dieser massiven Unterschreitung und der Umbuchung BKP Reserve konnte die Erdbebenertüchtigung des best. Schulhauses ohne Nachtragskredit bewerkstelligt werden.

Die Gesamtkosten für die Erdbebenertüchtigung beliefen sich auf ca. Fr. 800'000.00. Die Position BKP 4 Umgebung wurde in Folge des Kredites „Neugestaltung Schulhausumgebungen“ um Fr. 661'000.00 gekürzt, was zur eigentlichen Kreditgrösse von 11'929 Mio. Franken führte, die wir heute als Vergleich zur Abrechnung haben. Aus Gründen des optimalen Arbeitsablaufes wurde dann wieder Fr. 287'000 dem Schulhauskredit belastet, gleichzeitig wurde der Umgebungskredit um den gleichen Betrag gekürzt.

Die gesamte Bauzeit dauerte 21 Monate (Beginn 24. Okt. 2007) und das letzte Schulzimmer konnte nach den Sommerferien 2009 bezogen werden. Der Neubau und die Sanierung kann in seiner architektonischen und betrieblichen Hinsicht voll überzeugen.

Die Fiko empfiehlt dem Einwohnerrat einstimmig (bei 7 Anwesenden) die Kreditabrechnung für den Bau der Schulerweiterung und Sanierung der best. Schulanlage Altenburg“ von Fr. 11'513'943.90 bei einer Unterschreitung von Fr. 415'056.20 zu genehmigen.

### **Abstimmung**

Der Einwohnerrat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Kreditabrechnung von Fr. 11'513'943.80 für den Bau der Schulhauserweiterung Altenburg und die Sanierung der bestehenden Schulanlage wird genehmigt.



**12. Kreditabrechnung von Fr. 194'361.15 für die Projektierung Neubau EWW-Werkhof mit Verwaltung auf den Parzellen 612 und 4185 an der Fohrhölzlistrasse**

**Koller Paul, Präsident der Finanzkommission:** Für die materiellen Details der Vorlage wird auf die Ausführungen des Gemeinderates verwiesen. Die massive Kostenunterschreitung von Fr. 65'638.85 oder 25,25% ist im Wesentlichen auf die gute Zusammenarbeit der beteiligten Fachkräfte zurück zu führen. Wie der Aufstellung des Gemeinderates zu entnehmen ist, wurden einige vorgesehene Honorare durch andere beteiligten Fachpersonen ausgeführt oder wurden nicht in Rechnung gestellt. Diese Abweichungen konnten zum Zeitpunkt des Kreditantrages nicht in diesem Umfang vorher gesehen werden.

Nach Prüfung der Unterlagen empfehle ich der Finanzkommission die Kreditabrechnung zu genehmigen.

**Abstimmung**

Der Einwohnerrat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Kreditabrechnung von Fr. 194'361.15 für die Projektierung Neubau EWW-Werkhof mit Verwaltung auf den Parzellen 612 und 4185 an der Fohrhölzlistrasse wird genehmigt.

Schluss der Sitzung: 22.05 Uhr

Wettingen, 10. November 2011

Für das Protokoll:

**Namens des Einwohnerrates**

**Präsident**

Beat Brunner

**Protokollführerin**

Daniela Betschart